DOCUMENT RESUME

ED 189 806 EC 124 537

TITLE	Schritt fur Schritt: Die Durschsetzung der Rechte geistig behinderter Menschen: Pas a Pas: La mise en application des droits des personnes handicapees mentales: Paso a Paso: Puesta en practica de los derechos de los deficientes mentales (Step by Step: Implementation of the Rights of Mentally Retarded Persons).
INSTITUTION	International League of Societies for the Mentally Handicapped, Brussels (Belgium).
PUB DATE	80
NOTE	77p.
AVAILABLE FROM	International League of Societies for the Mentally Handicapped, Rue Forestiere, 13, B-1050 Brussels, Belgium (approximately $2.00 U.S. currency, quantity discount).
LANGUAGE	English: French: German: Spanish
EDRS PRICE	MF01/PC04 Plus Postage.
DESCRIPTORS	*Civil Rights: Due Process: Education: Employment: Equal Education: Guidelines: Health: *International Organizations: *Mental Retardation
IDENTIFIERS	*International League of Socs Mentally Handicapped

ABSTRACT

The booklet presents the proceedings (in English, French, Spanish, and German) of Session 62 of the Seventh World Congress of the International League of Societies for the Mentally Handicapped, detailing some analytical guidelines for national societies on the implementation of the rights of mentally retarded persons. Rights discussed include basic rights, right to services (health and education), employment and security rights, home and community life rights, guardianship rights, protection from abuse and neglect, criminal responsibility and procedure, and procedures when rights are necessarily restricted. A resolution adopted by the General Assembly of the United Nations declaring the rights of mentally retarded persons is appended. (DLS)

****
* Reproductions supplied by EDRS are the best that can be made *
* from the original document. *
****

U S DEPARTMENT OF HEALTH, EDUCATION & WELFARE
NATIONAL INSTITUTE OF EDUCATION

THIS DOCUMENT HAS BEEN REPRODUCED EXACTLY AS RECEIVED FROM THE PERSON OR ORGANIZATION ORIGINATING IT. POINTS OF VIEW OR OPINIONS STATED DO NOT NECESSARILY REPRESENT OFFICIAL NATIONAL INSTITUTE OF EDUCATION POSITION OR POLICY

"PERMISSION TO REPRODUCE THIS MATERIAL HAS BEEN GRANTED BY

Paula J. Lenzi

TO THE EDUCATIONAL RESOURCES INFORMATION CENTER (ERIC)."

Schritt für Schritt

Step by Step

Pas à Pas

Paso a Paso

ED189806

EC124537

Inhalt
Contents
Table de matières
Indice

Schritt für Schritt	1
Deklaration der Rechte geistig behinderter Menschen	18
Step by Step	21
Declaration on the Rights of Mentally Retarded Persons	35
Pas à Pas	38
Déclaration des droits du déficient mental	53
Paso a Paso	56
Declaración de Derechos del Retrasado Mental	72

Internationale Liga von Vereinigungen zugunsten geistig Behinderter
International League of Societies for the Mentally Handicapped (ILSMH)
Ligue Internationale des Associations d'Aide aux Handicapés Mentaux
Liga Internacional de Asociaciones pro Deficientes Mentales

Kongreßbericht
7. Weltkongreß der ILSMH über geistige Behinderung
Herausgeber: Lebenshilfe für Behinderte, Österreichischer Dachverband
© 1978 ILSMH

Veranstaltung 62

Durchsetzung der Rechte geistig Behinderter: Offene Veranstaltung der ILSMH-Arbeitsgruppe

Schritt für Schritt: Einige grundsätzliche Überlegungen für nationale Vereinigungen zugunsten geistig Behinderter.
Erarbeitet von der Arbeitsgruppe für die Durchführung der Rechte, 1974–1976.

Einleitung

Im Jahre 1971 wurde für die geistig Behinderten in der Welt ein wichtiger Schritt nach vorn getan, denn die Vereinten Nationen setzten durch die „Deklaration der allgemeinen und besonderen Rechte der geistig Behinderten" ein Zeichen dafür, daß diese die gleichen Rechte wie alle Bürger der Welt, insbesondere die ihres eigenen Landes, zu beanspruchen haben.

Diese UN-Deklaration wurde am 20. 12. 1971 angenommen. Sie stützte sich auf die entsprechende Erklärung der ILSMH, die auf dem 4. Weltkongreß in Jerusalem 1968 vorgetragen und angenommen worden war.

Derartige Deklarationen würden, wenn sie nicht durch Aktivitäten, die auf das gleiche Ziel hin ausgerichtet und zum 1

gleichen Zeitpunkt eingesetzt und vorangetrieben werden, lediglich Einzelschritte bleiben. Damit sie aber weiterführen und in vielen Ländern gleichzeitig begonnen werden können, sollten sie sich stets daran ausrichten, wie weit tatsächlich die Anerkennung von Rechten für geistig Behinderte verwirklicht worden ist. In einigen Fällen wird das einen völlig neuen Beginn verlangen. Es kommt also für uns darauf an, festzustellen, in welcher Weise wir in unserem Land die Rechte der geistig Behinderten bisher realisiert haben und wo wir uns dabei zur Zeit befinden: Diese Standortbestimmung wäre der erste Schritt, der getan werden muß.

Eine Arbeit von Stanley Herr, J. D., die in Zusammenarbeit mit der ILSMH 1974/75 entstanden ist, zeigt auf, daß es tatsächlich kein Land gibt – weder unter den hochindustrialisierten noch unter den sozial fortschrittlichsten – das die vollen Rechte für geistig Behinderte bisher tatsächlich verwirklicht hat oder das einzelne Rechte für sie bereits in vollem Umfang anerkannt hat. Zuweilen sind derartige Mängel allerdings unter der – falschen – Annahme verborgen, daß, was für alle anderen Bürger gut ist, nun auch die Behinderten gerecht behandelt.

Nachdem diese Tatsachen erkannt worden waren, hat die Liga einen Ausschuß gebildet, der die Durchsetzung der Rechte der geistig Behinderten ausführlich behandeln soll. Dieser Ausschuß soll Material zusammentragen, um es den Mitgliedsorganisationen zu ermöglichen, in ihren eigenen Ländern entsprechende Vorbereitungsschritte zu tun. Als erster Schritt muß dafür eine sorgfältige Analyse erstellt werden, die ersichtlich macht, in welchem Ausmaß die Rechte bereits verwirklicht worden sind. Es muß dabei geprüft werden, ob alle Altersgruppen gleich behandelt werden und ob gesetzliche Regelungen für geistig Behinderte in allen Bundesländern gleich sind; ob Schwerstbehinderte finanziell nicht schlechter gestellt werden und ob die Art ihrer sozialen Sicherung der schweren Behinderung tatsächlich entspricht; ob diejenigen geistig Behinderten, die in geschlossenen Heimen und Anstalten leben, grundsätzlich ebenso behandelt werden, wie diejenigen, die in ihren Familien wohnen; ob die geistig Behinderten selber (soweit dieses möglich ist), ihre Eltern und Sorgeberechtigten ausreichend über ihre Rechte informiert sind und schließlich, ob es Einwirkungsmöglichkeiten gibt, um diese Rechte kontinuierlich in allen Behördenbereichen und auf allen Ebenen für alle geistig Behinderten
2 durchzusetzen und abzusichern.

Da uns ein geeigneter Name für die Stelle, die derartige Einwirkungsfunktionen wahrnimmt, fehlt, haben wir sie „oversight agent" (Aufsichtsbeauftragter; im Deutschen vielleicht am besten „Vertrauensmann für Behinderte") genannt. Verschiedene unabhängige Institutionen kämen dafür in Frage („Ombuds-Mann", Menschenrechtskommission, Schiedsmann, Öffentlicher Notar, Justitiar etc.). Die in den verschiedenen Ländern bestehenden Realisierungsmöglichkeiten für ein derartiges Aufsichtsgremium werden in Mr. Herrs Bericht diskutiert. Ein Überblick darüber wurde beim Kongreß der ILSMH in Dublin 1975 gegeben.

Wie soll man diese Anleitungen benutzen?
Die folgenden Seiten wollen Ihnen helfen, um für Ihr Land eine Übersicht darüber zu erstellen, wie die Hauptrechte, so wie die Deklaration sie erklärt, tatsächlich verwirklicht worden sind. Jeder Artikel der UN-Deklaration wird dabei gesondert behandelt. Der UN-Artikel steht jeweils oben auf der Seite, darunter folgt der entsprechende Text der ILSMH. Diese Gegenüberstellung stellt bereits einen ersten Schritt der Interpretation dar und gibt wieder, was die Mitglieder der Liga als wichtigsten Inhalt des jeweiligen Artikels ansehen.

Daran anschließend finden Sie eine Anzahl von Themen und Fragen, in denen herauszufinden versucht wird, in welcher Weise der Anspruch und die Forderung des jeweiligen Artikels zu verstehen ist.

Die Liste der Themen ist nicht unbedingt vollständig. Sie können ohne weiteres andere von sich aus hinzufügen. Wir empfehlen Ihnen, daß Sie besondere Regelungen und Gesetze, die in Ihrem eigenen Land zum Wohl der Behinderten bestehen, die wir aber in diesen Ausführungen nicht aufgeführt haben, einfügen. Sie können z. B. von uns deshalb ausgelassen worden sein, weil sie nur in einigen Kulturbereichen angewendet werden; so kann beispielsweise in einigen südeuropäischen und romanischen Gesellschaftsstrukturen der Familienrat von großer Bedeutung sein.

Artikel 1: Grundrechte
UN-Artikel 1:
Der geistig behinderte Mensch hat, soweit es nur irgendwie möglich ist, die gleichen Rechte wie andere Menschen.

ILSMH-Artikel 1:
Der geistig Behinderte hat die gleichen Grundrechte wie jeder andere Bürger seines Landes und seines Alters.

1. Hat das geistig behinderte Kind das gleiche Recht zu leben, wird es vor, bei und nach der Geburt mit der gleichen medizinischen Sorgfalt behandelt wie jedes andere Kind?

2. Wird das Grundrecht darauf, Eltern oder Sorgeberechtigte (Pflegeeltern) zu haben, die für Nahrung, Erziehung und rechtliche Vertretung sorgen, im gleichen Maße anerkannt wie für ein nicht behindertes Kind? Kann ein behindertes Kind adoptiert werden?

3. Hat das behinderte Kind das Recht auf Schulbildung für mindestens die gleiche Zahl an Jahren wie ein nicht behindertes Kind?

4. Darf der geistig behinderte Erwachsene wählen, falls ihm oder ihr nicht nach einem speziellen Urteil oder nach einem Gesetz, das für alle Bürger gilt, das Wahlrecht entzogen wird?

5. Erhält der Behinderte durch die Polizei die gleiche Hilfe und den gleichen Schutz wie jeder andere Bürger?

6. Wird der Behinderte über seine Rechte und Pflichten als Bürger belehrt und zwar in einer Form, die er verstehen kann?

7. Werden Polizeibeamte darüber informiert, wie sich das Verhalten eines Behinderten äußert und wie er zu behandeln ist?

8. Wird ein Behinderter, der eines Vergehens angeklagt ist, solange für unschuldig angesehen, bis das Gegenteil bewiesen wurde? Wird diese Regelung von der Öffentlichkeit und der Polizei akzeptiert?

9. Wird Gruppen oder auch einzelnen Behinderten die Benutzung öffentlicher Einrichtungen, z. B. von Spielplätzen, Bussen, Restaurants, Schwimmbädern usw., öfter lediglich deshalb verweigert, weil sie „anders" oder vielleicht den anderen Besuchern nicht angenehm sind?

10. Existiert irgendeine Art von „oversight agent", um dafür zu sorgen, daß diese Grundrechte für Behinderte durchgesetzt werden?

Artikel 2: Recht auf Leistungen
(Gesundheit und Ausbildung)
UN-Artikel 2:
Der geistig behinderte Mensch hat ein Recht auf angemessene medizinische Versorgung und Physiotherapie, sowie auf solche Bildung, Training, Rehabilitation und Förderung, die seine Fähigkeiten und sein größtmöglichstes Potential entwik-

 keln.

ILSMH-Artikel 2:
Der geistig Behinderte hat ein Recht auf angemessene ärztliche Hilfe und körperliche Behandlung und auf Erziehung, Schulung, Eingliederung und Anleitung, die es ihm ermöglichen, seine Fähigkeiten und Gaben soweit wie möglich zu entwickeln – ohne Berücksichtigung, wie schwer der Grad seiner Behinderung ist. Kein geistig Behinderter sollte von solchen Möglichkeiten wegen der entstehenden Kosten ausgeschlossen werden.

1. Gibt es eine Mutter-und-Kind-Betreuung, die alle werdenden Mütter und ihre Kleinkinder erreicht (mit vorgeburtlicher Vorsorge, Mütterberatung und frühzeitigen Maßnahmen für „Risiko-Kinder"), also ausreichende Vorsorgemaßnahmen?

2. Ist die medizinische Betreuung für behinderte Kleinkinder und Kinder genauso gut wie die für die nicht behinderten Kinder?

3. Gibt es dieselbe zahnärztliche Versorgung, Impfregelung, regelmäßige Vorsorgeuntersuchungen für Seh- und Hör-Behinderungen und dergleichen für behinderte wie für nicht behinderte Kinder?

Ist die Qualität dieser Vorsorgemaßnahmen in den verschiedenen Kliniken, ärztlichen Praxen und Heimen für behinderte die gleiche wie für nicht behinderte Kinder?

4. Haben Pflegeeltern, die für Behinderte sorgen, für diese die gleiche medizinische Versorgung zu erwarten, die sie für ihre eigenen Familienmitglieder beanspruchen können? Erhalten Pflegekinder tatsächlich die gleiche Fürsorge und Betreuung?

5. Bekommen Behinderte größere Dosen von Beruhigungsmitteln als andere Kinder, die als nicht behindert gelten? Geschieht dies aus Bequemlichkeit der Betreuer, damit die behinderten Kinder sich ruhiger verhalten?

6. Werden geistig Behinderte, die eine gewöhnliche körperliche Störung oder Krankheit haben, ohne weiteres in einer Klinik aufgenommen, erhalten sie die gleiche Behandlung, Aufmerksamkeit und Zuwendung und wird auf ihre Wünsche entsprechend eingegangen, haben sie das gleiche Recht, Besucher zu empfangen, wie andere nicht behinderte Menschen, die an der gleichen Krankheit leiden?

7. Werden die Rechte des Behinderten soweit respektiert, daß er dazu ermutigt wird, bei Entscheidungen über seine

Behandlung bis zu dem ihm möglichen Verständnis mitzusprechen? Werden ihm Erklärungen über seinen Zustand und die vorgesehenen Behandlungen in einer ihm verständlichen Sprache und Ausdrucksweise gegeben?

Und wenn er diese Erklärungen nicht verstehen kann, werden dann seine Eltern oder sein Vormund voll informiert und über ihre Meinung befragt?

8. Wenn es schulgeldfreie öffentliche Schulen für nicht behinderte Kinder gibt, sind für gleichaltrige behinderte Kinder dann ebenfalls schulgeldfreie Sonderschulangebote vorhanden, und sind diese in ausreichender Zahl, Leistungsfähigkeit, regionaler Verteilung und Erreichbarkeit vorhanden? Falls Eltern Schulgeld für ihre nicht behinderten Kinder zahlen müssen, haben sie dann für die Schulbildung ihres behinderten Kindes mehr zu zahlen? Sind auch für die am schwersten Behinderten, die zu Hause leben müssen, entsprechende schulische Angebote vorhanden?

9. Sind ausreichende Möglichkeiten für die unterschiedlichen pädagogischen Bedürfnisse der einzelnen Kinder und Erwachsenen in der jeweiligen Altersgruppe vorhanden?

Sind diese Sonderprogramme je nach Bedürfnis in den verschiedenen Stadt- und Landbezirken gleich gut verkehrstechnisch zu erreichen?

10. Sind die schulischen Angebote für Kinder, die in Heimen leben, mindestens genauso gut und geeignet wie für die Kinder, die zu Hause leben? Und umgekehrt?

11. Ist das Ausbildungsprogramm darauf ausgerichtet, für Behinderte soweit als möglich soziale Unabhängigkeit zu erreichen? Bestehen Ausbildungsprogramme, die darauf ausgerichtet sind, Behinderte auf einen Arbeitsplatz in der freien Wirtschaft hinzuführen?

12. Ist die Tatsache, eine Sonderschule besucht zu haben, ein Nachteil, und wird bei der Einstellung auf einen Arbeitsplatz die tatsächliche Fähigkeit, die jeweils angebotene Arbeit durchzuführen, beurteilt? Unabhängig davon, ob vorher ein Sonderschulbesuch stattgefunden hat oder nicht?

13. Gibt es Fortbildungsprogramme für Lehrer, Therapeuten, Berater und Ärzte, um sie dafür auszurüsten, daß sie die besonderen Anforderungen in der Arbeit für Behinderte in Gegenwart und Zukunft besser erfüllen können?

Artikel 3: Beschäftigung und finanzielle Sicherung

UN-Artikel 3:

Der geistig behinderte Mensch hat ein Recht auf wirtschaftliche Sicherstellung und einen angemessenen Lebensstandard. Er hat ein Recht auf produktive Arbeit oder eine entsprechende, sinnvolle Beschäftigung, die seinen Fähigkeiten soweit als möglich entspricht.

ILSMH-Artikel 3:

Der geistig Behinderte hat ein Recht auf wirtschaftliche Sicherheit und auf einen angemessenen Lebensstandard. Er hat ein Recht auf produktive Arbeit oder auf eine andere sinnvolle Beschäftigung.

1. Gibt es Grenzen (Gesetze, Einstellungen), die einen geistig Behinderten daran hindern, eine Arbeit, die er durchaus ausführen könnte, auch anzunehmen?

2. Gibt es für ihn andere Richtlinien wie für nicht behinderte Personen? Erhält er gleichen Lohn für gleiche Leistung?

3. Erhalten Heimbewohner, die regelmäßig Arbeiten übernehmen, die zu den laufenden Aufgaben im Heim gehören (Hausmeisterdienste, Küchendienste usw.) und die über das hinausgehen, was sie in ihrem eigenen Haushalt tun müßten, einen entsprechenden Lohn?

Dürfen sie wenigstens einen Teil ihres Verdienstes für ihren persönlichen Bedarf behalten? Oder müssen sie alles abgeben, um zu den Kosten für Nahrung und Unterbringung im Heim beizutragen?

4. Gibt es eine soziale Sicherung, Rente o. ä. für einen behinderten Erwachsenen, der unfähig ist, wenigstens das Existenzminimum, das für einen anderen Arbeiter vorausgesetzt wird, zu verdienen?

Wenn das nicht so ist, steht dem Behinderten dann ein Einkommen aus öffentlichen Mitteln rechtmäßig zu?

5. Gibt es eine Sozialversicherung oder andere Beihilfemaßnahmen, die die zusätzlichen Lebenshaltungskosten, die durch eine Behinderung bedingt sind, trägt?

6. Gibt es Familienunterstützung (Pflegegeld, Hilfe zum Lebensunterhalt) oder Invalidenrente, die Eltern oder auch Pflegeeltern, die ihr Kind zu Hause haben, beanspruchen können, damit die Extrakosten, die ein behindertes Kind – im Gegensatz zu einem nicht behinderten Kind – verursacht,

die in erster Linie Verantwortung für Pflege, Ernährung und Erziehung ihres behinderten Kindes haben, genauso wie sie diese für nicht behinderte Kinder tragen?

3. Geben Fachleute das Ergebnis ihrer Untersuchungen über den Zustand des Kindes und seiner möglichen Fähigkeiten an die Eltern und Pflegeeltern weiter? Helfen sie ihnen dabei, die Entwicklung des Kindes zu fördern, um das Bestmögliche zu erreichen?

4. Sind allgemeine Erholungs- und Freizeiteinrichtungen Behinderten zugänglich? Gibt es Bemühungen, um besondere Programme (z. B. Schwimmstunden) bereitzustellen? Sind derartige Maßnahmen auch für geistig Behinderte mit Körperbehinderung zugänglich (frei von „architektonischen Schranken")? Sind Kirchen und religiöse Organisationen offen und aufnahmebereit für Behinderte? Wie ist die Einstellung der Umwelt zu Menschen, die „anders" sind?

5. Sind die Lebensbedingungen in Wohnstätten/Wohnheimen/Internaten, in denen Behinderte wohnen, die nicht im Haushalt ihrer Familie oder Pflegefamilie leben können, den Formen des Familienlebens angepaßt?

Liegen sie in Wohngebieten? Ermutigen die in den Heimen bestehenden Lebensformen den behinderten Bewohner dazu, persönlich so unabhängig wie möglich zu werden, und kann er selbständig seine Beschäftigungen, Freunde, persönlichen Gebrauchsgegenstände, Kleidung usw. auswählen?

Hat der einzelne die Wahl zwischen verschiedenen Möglichkeiten? Schließt das auch ein, daß er z. B. ein Einzelzimmer wählen kann oder aber bestimmen darf, mit wem er zusammen wohnen will? Hat sein Vormund oder Pfleger die Gelegenheit, für ihn zu entscheiden?

6. Wohnen in den Wohnstätten Personen beiderlei Geschlechts? Liegen die Wohnstätten verkehrsgünstig? Sind die Bedingungen derart, daß sie den behinderten Bewohner dazu auffordern, am Gemeinschaftsleben teilzunehmen und sich auf eine, je nach dem Grad seiner Behinderung möglichst „normale" Art und Weise daran zu beteiligen?

7. Sind die Wohnheime so in den verschiedenen Wohngebieten verteilt, daß es nicht zu einer starken Konzentration in einem Gebiet kommt? Haben alle Bewohner die Möglichkeit zu zwangslosen Begegnungen mit Nachbarn und anderen Menschen ihrer Altersgruppe und Interessenlage?

gedeckt sind? Sind solche Hilfen auch für behinderte Erwachsene vorgesehen?

7. Gibt es ausreichende Gesundheitsfürsorge (gesetzl. Krankenversicherung), die Klinikaufenthalte, Arztkosten, Behandlungen usw. übernimmt und die für die Behinderten in einer Form zugänglich ist, die ihnen nicht größere Kosten verursacht als den Nichtbehinderten?

8. Gibt es für sie Arbeitslosenversicherung (oder andere Möglichkeiten gegen Arbeitslosigkeit)? Hat der geistig behinderte Arbeiter die gleichen Rechte wie jeder andere Arbeiter?

9. Wenn es Gesetze gibt, die verlangen, daß behinderte Personen bevorzugt eingestellt werden müssen, werden dann geistig Behinderte genauso behandelt wie Körperbehinderte?

10. Falls ein behinderter Erwachsener eine zusätzliche Ausbildung (beruflich oder in Form einer anderen Erwachsenenbildung) benötigt, ist das für ihn auf mindestens die gleiche Weise möglich wie für andere Bürger?

Artikel 4: Familien- und Gemeinschaftsleben

UN-Artikel 4:

Wo immer dies möglich ist, sollte der geistig behinderte Mensch mit seiner eigenen Familie oder mit einer Pflegefamilie leben und an den verschiedenen Formen des gemeinschaftlichen Lebens Anteil nehmen. Die Familie, mit der er lebt, soll dafür Unterstützung erhalten. Wenn Betreuung in einer Einrichtung notwendig wird, dann soll dies in einer Umgebung und unter Verhältnissen erfolgen, die denen des normalen Lebens so nahe als möglich sind.

ILSMH-Artikel 4:

Der geistig Behinderte hat ein Recht darauf, in seiner eigenen Familie oder bei Pflegeeltern zu leben und in jeder Hinsicht am Leben der Gemeinschaft teilzunehmen. Für Möglichkeiten geeigneter Freizeitbeschäftigung sollte gesorgt werden. Wenn Pflege in einem Heim notwendig wird, sollte die Unterbringung in der näheren Umgebung erfolgen und unter Umständen geschehen, die dem normalen Leben möglichst nahekommen.

1. Ermutigen Ärzte, Lehrer und andere Fachleute die die Familie beraten, diese dazu, ihr Kind bei sich zu behalten? Wird der Familie praktische Hilfe zuteil, damit sie die Aufgaben auch bewältigen kann?

8 2. Werden Eltern und Pflegeeltern als diejenigen angesehen,

8. Werden die Familien der Bewohner aktiv ermutigt, den Behinderten, der nicht zu Hause lebt, häufig und zwangslos zu besuchen? Kann er selbst mit darüber entscheiden, wann und wie er seine Familie besucht?

9. Werden Schritte unternommen, um das Vorurteil und die Diskriminierung durch Nachbarn gegenüber Behinderten, die in Wohnungen, Wohnheimen o. ä. in der Gemeinde wohnen und dort einziehen, auf ein Minimum zu beschränken?

10. Sind Hindernisse baulicher Art („Architekturschranken") so gering wie möglich, damit körperbehinderte Personen keine Schwierigkeiten haben?

11. Werden geeignete Tagesbeschäftigungen außerhalb des Heimes für diejenigen Personen angeboten, deren Behinderung eine reguläre Berufstätigkeit nicht zuläßt?

Artikel 5: Vormundschaft

UN-Artikel 5:

Der geistig behinderte Mensch hat ein Recht auf einen qualifizierten Vormund, wenn sein persönliches Wohlergehen und seine Interessen das erforderlich machen.

ILSMH-Artikel 5:

Der geistig Behinderte hat ein Recht auf einen geeigneten Pfleger oder Vormund, wenn dies zum Schutz seines persönlichen Wohles und zur Wahrung seiner Interessen erforderlich ist.

Niemand, der geistig Behinderte direkt betreut, sollte gleichzeitig zum Pfleger oder Vormund bestellt werden.

1. Gibt es ein festgelegtes Verfahren, um zu bestimmen, ob ein Behinderter so geschädigt ist, daß er einen Vormund bzw. einen Pfleger braucht und sieht ein solches Verfahren vor:
1.1 daß vor einem Beschluß Beweise, die das Für und Wider darlegen, behandelt werden;
1.2. rechtliche Vertretung des Behinderten;
1.3. angemessene fachliche Begutachtung seiner speziellen Möglichkeiten und Ausfälle, die darlegt, wie weit er dazu in der Lage ist, richtige und sachgerechte Entscheidungen für sich selbst zu treffen, wobei er seine eigenen Interessen und bestehende Vorlieben zu berücksichtigen vermag?

2. Ist das Verfahren, in dem ein geistig Behinderter unter Pflegschaft oder Vormundschaft gestellt wird, kostspielig oder ist es für ihn oder seine Familie kostenfrei?

3. Wird bei einem geistig Behinderten seine Geschäftsunfähigkeit bereits als bestehend vorausgesetzt, wenn er das Volljährigkeitsalter erreicht? Wird er von seinen Eltern und anderen Personen bereits schon dann wie ein unmündiges Kind behandelt, wenn dieses durch objektive Bestätigung noch nicht festgeschrieben wurde?

4. Was geschieht mit einem geistig Behinderten, der verwaist ist oder keine Familie mehr hat oder der von seiner Familie verlassen wurde? Sind aktive Interventionen in dieser Lage gesichert? Sind Alternativen zu einer Heimeinweisung vorhanden?

5. Gibt es Personen, die geeignet sind, um als Vormund für Behinderte dann tätig zu werden, wenn sich kein geeigneter Verwandter oder Freund anbietet?

6. Gibt es gesetzlich dazu ermächtigte, öffentliche oder private, Dienststellen, die im Interesse eines geistig Behinderten dann eingreifen können, wenn seine Gesundheit oder sein Vermögen bedroht sind?

7. Gibt es spezielle Vormundschaftsgesellschaften (Vereinsvormundschaften) für geistig Behinderte, die unabhängig sind von den Stellen, die Pflege und Erziehung vermitteln? Gibt es vorsorgliche Maßnahmen, die die Stellung eines Vormundes oder Pflegers absichern, wenn dieses benötigt wird?

8. Gibt es noch andere Formen von öffentlichen oder privaten Vertretungen für geistig Behinderte, außerhalb oder an Stelle von Vormundschaften?

Gibt es ehrenamtliche Helfer, die sich als Vormunde oder als „Bürger-Anwälte"einsetzen? Gibt es den im nordamerikanischen Bereich vergleichbaren „citizen advocate"?

9. Gibt es einen Beamten, der als Vormund handeln kann, wenn eine dringende Notlage eintritt oder wenn ein anderer Vormund nicht zu erreichen ist?

10. Dürfen die Leiter der Heime für geistig Behinderte oder das Pflegepersonal als Vormund für die Heiminsassen (Patienten) bestimmt werden?

11. Gibt es gesetzliche Bestimmungen, die feststellen, ob die Person, die mit der Vormundschaft für einen geistig Behinderten betraut worden ist, dessen persönlichen Bedürfnisse nicht vernachlässigt oder sein Vermögen schlecht verwaltet? Gibt es Formen der Überwachung, die sich speziell um geistig Behinderte, die unter Vormundschaft gestellt worden sind, kümmern?

Gibt es von Zeit zu Zeit Nachprüfungen?

12. Gibt es die Möglichkeit, getrennte Vormundschaften für die Person und für das Vermögen einzusetzen?

13. Gibt es gesetzliche Verordnungen für „begrenzte Vormundschaft" (Pflegschaft), z. B. eine Bestimmung, die die Entscheidungsgewalt des Vormundes in der Weise beschränkt, daß sie nur in besonders gelagerten Einzelfällen notwendig wird?

14. Hat ein schwerbehinderter Mensch, der noch einige Fähigkeiten besitzt, um irgendeine Entschließung zu treffen, die Möglichkeit, dies auch zu tun?

Artikel 6 (1. Teil):
Schutz vor Mißbrauch und Vernachlässigung

UN-Artikel 6 (1. Teil):
Der geistig behinderte Mensch hat ein Recht auf Schutz vor Ausnützung, Mißachtung und entwürdigender Behandlung.

ILMSH-Artikel 6 (1. Teil):
Der geistig Behinderte hat ein Recht darauf, vor jeder Art von Ausbeutung, Mißbrauch oder erniedrigender Behandlung geschützt zu werden.

1. Gelten die üblichen Vorsorgemaßnahmen für ausgesetzte, verlassene oder verwaiste Kinder auch für geistig behinderte Kinder?

2. Sind Schwestern, Ärzte und Fürsorger gleichermaßen bereit, die Vernachlässigung, den Mißbrauch oder die Unterernährung auch dann anzuzeigen, wenn es sich um behinderte und nicht um „normale" Kinder handelt?

3. Sind die von Amts wegen eingesetzten Fürsorger darin unterwiesen worden, wie mit Behinderten umzugehen ist und wissen sie, wie sie diese zu behandeln haben?

4. Werden geistig behinderte Kinder oder Erwachsene in besonderem Maße den Besuchen von Politikern, Journalisten oder Fachleuten ausgesetzt? Geschieht dieses unter Umständen, die in öffentlichen Schulen oder Kliniken als unzumutbar betrachtet würden?

5. Werden den behinderten Schülern die schlechtesten Klassenzimmer/Gebäude gegeben, und werden sie in der Regel in Häusern untergebracht, welche von „Normalen" längst verlassen sind?

6. Wird eine „Abstempelung" benutzt, die anderen Zwecken

dient, als denen einer konstruktiven Diagnose oder speziellen wissenschaftlichen Programmen oder wissenschaftlicher Forschung?

7. Gibt es Formen der Unterbringung und Behandlung, in denen die Bedingungen für geistig Behinderte ausgesprochen demütigend sind?

Z. B. durch das Anbringen von Fenstergittern oder dadurch, daß von einem geistig Behinderten verlangt wird, daß er sich Fremden gegenüber in halb bekleidetem oder nacktem Zustand zeigt?

8. Werden Reporter oder Schauspieler zurechtgewiesen, wenn sie sich auf Kosten geistig Behinderter lustig machen oder in beleidigender Weise von ihnen sprechen oder wenn sie die für geistig Behinderte typischen Ausdrucksformen benutzen, um sich daraus einen Jux zu machen?

Artikel 6 (2. Teil):
Kriminelle Verantwortlichkeit und Verfahren

UN-Artikel 6 (2. Teil):
. . . Wenn er eines Vergehens beschuldigt wird, hat er das Recht auf eine faire Untersuchung vor Gericht unter voller Berücksichtigung seiner Behinderung in Hinblick auf seine Verantwortung.

ILSMH-Artikel 6 (2. Teil):
Wenn er angeklagt ist, hat er Anspruch auf eine gerechte Verhandlung unter voller Berücksichtigung des Grades seiner Verantwortlichkeit.

1. Werden einem geistig Behinderten dieselben gesetzlichen Sicherheiten zugebilligt, wie jedem anderen Bürger, der eines Vergehens angeklagt worden ist?

2. Gibt es für jemanden, der als geistig behindert erkannt ist, und der unfähig ist, polizeiliche und juristische Untersuchungen zu verstehen, ausreichenden Beistand, damit seine Rechte gewährleistet bleiben?

3. Erhält die Polizei irgendeine Schulung und Anleitung, um geistig Behinderte, die eines Vergehens verdächtig sind, als geistig behindert zu erkennen und um sie dann in der polizeilichen Untersuchung angemessen zu behandeln?

4. Haben geistig Behinderte das Recht auf die Anwesenheit eines Rechtsanwaltes, Verwandten oder Freundes, der sie

während einer polizeilichen Ermittlung berät? Haben sie (oder ihr Vormund oder ihre Eltern) Gelegenheit, um sich ihren Rechtsbeistand selber zu wählen?

5. Hat ein geistig Behinderter ein Recht auf den Beistand eines Anwaltes, und kann er dieses Recht zu jedem Zeitpunkt einer Kriminaluntersuchung ausüben?

6. Hat eine Person, die als geistig behindert gilt, im Verlauf einer Anklage das Recht auf eine Diagnose und Begutachtung ihrer sozialen Einsichtsfähigkeit durch anerkannte Experten?

7. Schließt diese Begutachtung die Entscheidung darüber ein, ob der geistig Behinderte verhandlungsfähig ist (d. h. ob er geistig in der Lage ist, den Verhandlungen zu folgen, sie zu verstehen und seinem Anwalt bei seiner Verteidigung zu helfen)?

8. Sofern er für nicht verhandlungsfähig erklärt wird, hat der geistig Behinderte dann ein Recht darauf, daß sein Fall in angemessener und schneller Frist verhandelt wird oder daß die Anklagen gegen ihn zurückgezogen werden?

9. Falls der Behinderte (eines Vergehens angeklagt, aber für nicht verhandlungsfähig erklärt) den zivilrechtlichen Behörden auf Grund seiner angeblichen Gefährlichkeit übergeben wird, hat er dann ein Recht auf angemessenen Rechtsbeistand und zwar im gleichen Ausmaß wie andere, als „gefährlich" betrachteten Personen, die nicht eines Vergehens angeklagt und überführt worden sind?

10. Hat der geistig Behinderte bei einem Gerichtsverfahren das Recht auf Verteidigung wegen „verminderter geistiger Zurechnungsfähigkeit" oder einer ähnlichen Verteidigung, um die Bestrafung zu mildern oder ganz auszusetzen, weil ihm die Einsicht in die Strafbarkeit der von ihm begangenen Handlung fehlte?

11. Falls er eines Vergehens überführt oder auf andere Weise in Haft geraten ist, hat der geistig Behinderte dann das Recht auf Behandlung in der am wenigsten restriktiven Umgebung, die seinen Bedürfnissen, seinem Verantwortungsgrad und der öffentlichen Sicherheit angepaßt ist?

12. Hat er – falls er in Haft ist – das Recht auf eine automatische periodische Überprüfung und das Recht, an unabhängige, höhere Instanzen zu appellieren?

Artikel 7: Verfahren, wenn Rechte notwendigerweise beschränkt werden

UN-Artikel 7:

Wenn ein geistig behinderter Mensch aufgrund der Schwere seiner Behinderung außerstande ist, alle seine Rechte in sinnvoller Weise auszuschöpfen, oder sollte es notwendig werden, einige oder alle dieser Rechte einzuschränken oder abzuerkennen, muß der Vorgang dieser Einschränkung oder Aberkennung der Rechte angemessene gesetzliche Sicherstellungen gegen jede Form des Mißbrauchs aufweisen. Dieser Vorgang muß auf einer Begutachtung der sozialen Fähigkeiten des geistig behinderten Menschen durch qualifizierte Experten beruhen und muß einer regelmäßigen Überprüfung sowie dem Recht auf Berufung bei höheren Instanzen unterliegen.

ILSMH-Artikel 7:

Einige der geistig Behinderten mögen auf Grund der Schwere ihrer Behinderung unfähig sein, alle ihre Rechte auf sinnvolle Art selbst wahrzunehmen. Für andere ist eine Änderung einiger oder aller dieser Rechte angebracht. Das Verfahren zur Änderung oder Aberkennung von Rechten muß geeignete gesetzliche Sicherheitsklauseln enthalten, um jede Form von Mißbrauch auszuschließen; es muß sich auf sorgfältige Gutachten qualifizierter Fachleute über die Gemeinschaftsfähigkeit des geistig Behinderten stützen und regelmäßigen Nachprüfungen unterzogen werden. Die Einschaltung einer Berufungsinstanz sollte rechtlich möglich sein.

1. Werden, ehe Verfahren zur Aberkennung oder Beschränkung der Rechte eingeleitet werden, andere weniger oder nicht derart restriktive Maßnahmen voll ausgeschöpft? Erhält der Behinderte juristischen Rat, bekommt er ausreichende Unterstützung für seine sozialen und seelischen Probleme, damit er die Folgen eigener Entschließungen oder Handlungen besser verstehen und beurteilen kann?

2. Wird, ehe eine Beschränkung der Rechte erwogen wird, ein Gutachten über seine sozialen Verhaltensweisen eingeholt, und wird darin besonders auf seine Fähigkeit eingegangen, ob er das in Frage kommende Recht überhaupt auszuüben vermag? Wird dabei berücksichtigt, daß auch viele nicht behinderte Bürger Entscheidungen treffen müssen, die ein Risiko für sie enthalten, und die daher nicht immer Abweichungen von der Rechtsnorm ausschließen? Falls Rechte eingeschränkt werden müssen, wird dann im Gutachten über

die Notwendigkeit einer derartigen Beschränkung eine sorgfältige Untersuchung der spezifischen Fähigkeiten des Behinderten ausgewiesen, und wird dabei von Experten die Feststellung der sozialen Kompetenz geistig Behinderter vorgenommen? Ist dieses Gutachten interdisziplinär?

3. Wenn eine Person für unfähig befunden wird, gewisse Rechte auszuüben, wird diese Entscheidung dann wesentlich als Schutz verstanden, und ist die Beschränkung deshalb notwendig, damit der Behinderte – oder andere – vor Schaden bewahrt bleiben?

4. Läßt eine Beschränkung, die sich nur auf solche Bereiche bezieht, in denen der geistig Behinderte als unfähig gilt, sie auszuüben (z. B. bei der Verwaltung seines eigenen Vermögens), ihm dennoch jene Rechte, die er durchaus auszuüben vermag?

5. Falls Rechte aberkannt worden sind, wird dieses dann so gehandhabt, daß es mit dem geringsten Grad von Zwang seinen Zweck erfüllt? (z. B. begrenzte Vormundschaft statt voller Vormundschaft, Aufsicht statt Einweisung, Pflege auf einer Gemeindebasis statt in einer Anstalt usw.)?

6. Werden der Behinderte, seine Familie oder andere interessierte Personen vorher von allen ernsteren restriktiven Vorgängen unterrichtet?

7. Haben der Behinderte, seine Familie oder seine Freunde ein Anrecht auf einen Rechtsbeistand, der für den Behinderten in diesem Verfahren handeln kann?

8. Hat der Behinderte Zugang zu einem qualifizierten Beistand (Rechtsanwalt, Notar), dessen Interessen nicht mit seinen eigenen kollidieren?

9. Gibt es die Möglichkeit, eine nochmalige Überprüfung oder unabhängige Revision für jede Form der Beschränkung der Rechte zu fordern und zwar entweder zur Zeit ihrer Feststellung oder später, je nach dem Grad und der Dauer der Einschränkung? Gibt es eine automatische, periodische Revision?

10. Finden, wenn es sich um Grundrechte handelt, juristische Verhandlungen statt?

11. Hat der geistig Behinderte oder sein Vertreter das Recht, dem Gericht Informationen zu unterbreiten, vor ihm zu erscheinen und gegen Informationen anderer Einwände zu erheben?

12. Wird der Behinderte oder sein Vertreter von seinem Recht auf Berufung informiert und wird ihm Beistand – gesetzlich oder in anderer Form – gewährt, um dieses Recht auch auszuüben?

13. Hat der Behinderte (oder sein natürlicher Anwalt, z. B. Verwandter, Vormund) das Recht, den Rechtsanwalt oder andere Personen, die ihm in solchen Verhandlungen beistehen sollen, frei zu wählen?

20

Kongreßbericht
7. Weltkongreß der ILSMH über geistige Behinderung
Herausgeber: Lebenshilfe für Behinderte, Österreichischer Dachverband
© 1978 ILSMH

Appendix 1

Deklaration der Rechte geistig behinderter Menschen

Resolution, beschlossen von der Vollversammlung der Vereinten Nationen (aufgrund des Berichts des Dritten Komitees [A/8588]) 2856 (XXVI).

Eingedenk der Verpflichtung der Mitgliedsstaaten der Vereinten Nationen, wie sie in der Charta festgelegt ist, sich gemeinsam und auch einzeln in Zusammenarbeit mit der Organisation für einen höheren Lebensstandard, für die Vollbeschäftigung, für den sozialen Forschritt und bessere Lebensbedingungen einzusetzen,

unter erneuter Bekräftigung der Anerkennung der in der Charta proklamierten Menschenrechte und Grundfreiheiten, der Grundsätze des Friedens, der Würde und des Wertes des Menschen und der sozialen Gerechtigkeit,

unter Berufung auf die Grundsätze der allgemeinen Erklärung der Menschenrechte, der Internationalen Menschenrechtskonventionen, der Deklaration der Rechte des Kindes und der bereits aufgestellten Normen für sozialen Fortschritt in den Statuten, Konventionen, Empfehlungen und Resolutionen der Internationalen Arbeitsorganisation, der Organisation der Vereinten Nationen für Erziehung, Wissenschaft und Kultur, der

Weltgesundheitsorganisation, des Kinderhilfswerks der Vereinten Nationen und anderer entsprechender Organisationen,

unter besonderer Betonung, daß die Deklaration über den sozialen Fortschritt die Notwendigkeit proklamiert hat, die Rechte der körperlich und geistig Behinderten zu schützen und ihr Wohlergehen und ihre Rehabilitation zu sichern,

im Bewußtsein der Notwendigkeit, den geistig Behinderten zu helfen, ihre Fähigkeiten in möglichst vielen Bereichen zu entfalten und ihre Integration in das normale Leben soweit wie möglich zu erreichen,

mit dem Wissen, daß einige Länder zum gegenwärtigen Zeitpunkt ihrer Entwicklung nur in beschränktem Umfang sich um die Erreichung dieses Ziels bemühen können,

proklamiert die Vollversammlung diese Deklaration der Rechte der geistig Behinderten und ruft zu nationalen und internationalen Anstrengungen auf, um sicherzustellen, daß diese Deklaration als Grundlage und Richtschnur für die Wahrung dieser Rechte dient.

1.
Der geistig behinderte Mensch hat, soweit es nur irgendwie möglich ist, die gleichen Rechte wie andere Menschen.

2.
Der geistig behinderte Mensch hat ein Recht auf angemessene medizinische Versorgung und Physiotherapie, sowie auf solche Bildung, Training, Rehabilitation und Förderung, die seine Fähigkeiten und sein größtmöglichstes Potential entwikkeln.

3.
Der geistig behinderte Mensch hat ein Recht auf wirtschaftliche Sicherstellung und einen angemessenen Lebensstandard. Er hat ein Recht auf produktive Arbeit oder eine entsprechende sinnvolle Beschäftigung, die seinen Fähigkeiten soweit als möglich entspricht.

4.
Wo immer dies möglich ist, sollte der geistig behinderte Mensch mit seiner eigenen Familie oder mit einer Pflegefamilie leben und an den verschiedenen Formen des gemeinschaftlichen Lebens Anteil nehmen. Die Familie, mit der er lebt, soll dafür Unterstützung erhalten. Wenn Betreuung in einer Einrichtung notwendig wird, dann soll dies in einer Umgebung und unter Verhältnissen erfolgen, die denen des normalen Lebens so nahe als möglich sind.

5.
Der geistig behinderte Mensch hat ein Recht auf einen qualifizierten Vormund, wenn sein persönliches Wohlergehen und seine Interessen das erforderlich machen.

6.
Der geistig behinderte Mensch hat ein Recht auf Schutz vor Ausnutzung, Mißachtung und entwürdigender Behandlung. Wenn er eines Vergehens beschuldigt wird, hat er das Recht auf eine faire Untersuchung vor Gericht unter voller Berücksichtigung seiner Behinderung in Hinblick auf seine Verantwortung.

7.
Wenn ein geistig behinderter Mensch aufgrund der Schwere seiner Behinderung außerstande ist, alle seine Rechte in sinnvoller Weise auszuschöpfen, oder sollte es notwendig werden, einige oder alle dieser Rechte einzuschränken oder abzuerkennen, muß der Vorgang dieser Einschränkung oder Aberkennung der Rechte angemessene gesetzliche Sicherstellungen gegen jede Form des Mißbrauchs aufweisen. Dieser Vorgang muß auf einer Begutachtung der sozialen Fähigkeiten des geistig behinderten Menschen durch qualifizierte Experten beruhen und muß einer regelmäßigen Überprüfung sowie dem Recht auf Berufung bei höheren Instanzen unterliegen.

2027. Plenarsitzung
20. Dezember 1971

23

Congress Proceedings
7th World Congress of the ILSMH on Mental Handicap
Edited by Lebenshilfe für Behinderte, Österreichischer Dachverband
© 1978 ILSMH

Session 62

Implementation of the Rights of Mentally Retarded Persons: Open Session of the ILSMH Task Group

Step by Step: Some Analytical Guidelines for National Societies.

Prepared by the Task Group on the Implementation of Rights, 1974–1976.

Introduction

The year 1971 marked an important step forward for the mentally handicapped of the world; in that year the UN gave visibility to an international consensus relative to their rights as fellow human beings and citizens of the world and of their respective countries. The UN Declaration of Rights of Mentally Retarded Persons as adopted on December 20, 1971 was based on a Declaration of General and Special Rights of the Mentally Retarded developed and adopted by the ILSMH at its fourth World Congress in Jerusalem in 1968.

Such declarations are, however, merely steps which lead nowhere if they are not followed by many subsequent steps, taken in the proper sequence and pace in the same direction. These steps must be taken in many countries, in each case starting where that country is at the moment in its progress on behalf of the mentally handicapped. This means also that in

some countries it may be necessary to retrace some steps formerly taken and start over again in some matters. The first step, following the Declaration then, is to find out where we stand in our respective countries in relation to each of the major rights, and where we should go next.

A study conducted by Stanley Herr, J. D. with the cooperation of the ILSMH in 1974–1975 confirmed that indeed no country, not even the most industrialized or socially progressive, has realized all of the rights for any of its retarded citizens, nor any of the rights fully for all its retarded citizens. Sometimes the deficiencies are hidden under a false assumption that because many are served, all are treated justly.

Recognizing these facts, the League formed a Task Group on the Implementation of Rights. The Task Group will prepare materials to assist the League's member societies to initiate steps appropriate within their own respective countries. The first such step is to make a careful analysis of the extent to which the various rights are being applied in detail. This means considering, among other things, whether all age groups are appropriately addressed, whether services in the various geographical areas are equally developed, whether those most severely affected receive no less and whether the manner of assuring their rights is adapted to their greater impairment, whether those in foster care or group living arrangements have at least as much access to services as those living with their own families, whether the mentally retarded persons themselves (to the greatest degree possible), parents and other advocates are informed of their rights, and finally, whether some effective instrumentality exists to assure that these rights are secured on a continuing basis for each and all of the retarded persons within each governmental jurisdiction.

For lack of any more appropriate name we have called this instrumentality the 'oversight agent.' The possible structures for independent oversight are many: ombudsman, human rights commission, public advocate, judiciary, etc. The relative merits of these various models as they are actually found in several countries are discussed in Mr. Herr's paper. A summary was presented at the Dublin Congress of the ILSMH in 1975.

How to use these guidelines

22 The following pages are designed to help you to make a

profile of the observance in your country of each major right as stated in the Declaration.

Each Article of the UN Declaration has been dealt with separately. Each has been stated at the head of the page, and under it has been printed the ILSMH statement which corresponds. This is a first step in interpreting what members of the League believe to be the specifics of that Article.

Following these two statements you will find a series of items or questions which further analyze what is contained in the broad principle stated in the cited Article.

The lists of specifics are not necessarily complete. You may have others of your own to add. In fact, we recommend that you consider carefully particular practices and laws in your own country which may be applied to the advantage of the retarded but which we have not listed because they are used only in some cultures. For example, in Latin societies the 'conseil de famille' may be an important element.

Article 1: Basic rights

UN Article 1:

'The mentally retarded person has, to the maximum degree of feasibility, the same rights as other human beings.'

ILSMH Article 1:

'The mentally retarded person has the same basic rights as other citizens of the same country and the same age.'

1. Is the mentally retarded child provided with the same right to life, including the same medical life saving remedies at birth and later, as another child?

2. Is the basic right to have a caring parent or parent surrogate, who provides both nurture and advocacy, supported to the same extent as for a normal child? Can a retarded child be adopted?

3. Is the retarded child entitled to education for at least the same number of years as other children?

4. Is the mentally retarded adult permitted to vote unless he or she has been specifically found ineligible under a general law specifying when the franchise may be denied?

5. Is the retarded person given the same help and protection by the police as are other citizens?

6. Is the retarded person advised of his rights and responsibilities as a citizen in ways which he can understand?

7. Are the members of the police force oriented to understand the retarded person's behavior?

8. If charged with a crime, is the retarded person presumed innocent until proven otherwise? Is this presumption accepted by the general public and the police?

9. Are groups of retarded persons or individuals often refused the use of public premises such as playgrounds, buses, restaurants, etc., simply on the grounds that they are 'different' or perhaps disconcerting to other clientele?

10. Is there any kind of 'oversight agent' to assure that basic rights are enforced? (See Introduction)

Article 2: Right to services
(Health and Education)

UN Article 2:
'The mentally retarded person has a right to proper medical care and physical therapy and to such education, training, rehabilitation and guidance as will enable him to develop his ability and maximum potential.'

ILSMH Article 2:
'The mentally retarded person has a right to proper medical care and physical restoration and to such education, training, habilitation and guidance as will enable him to develop his ability and potential to the fullest possible extent, no matter how severe his degree of disability. No mentally handicapped person should be deprived of such services by reason of the costs involved.'

1. Is there a maternal and child health service which reaches all expectant mothers and their infants with prenatal care, well-baby care, and early intervention for infants who appear to be 'at risk?'

2. Is the medical care given to infants and children who are known to be handicapped of as high quality as is given to children believed to be 'normal?'

3. Is the same quality of dental care, immunization, routine screening for hearing and vision impairments, and the like, provided for retarded as well as for other children? Is this quality the same in the various clinics, group practices and special residential facilities?

4. Do foster parents who care for retarded persons have access to medical care for them of the same quality as they

would expect to secure for their own family members? Do foster children in fact receive equal care?

5. Are retarded persons given doses of tranquilizing drugs in excess of those given to persons not considered retarded? Is this done for the convenience of the persons caring for them, to make them more docile?

6. Can a mentally retarded person with an ordinary physical disorder or disease requiring hospitalization be admitted and receive the same quality of care, degree of attention to his comfort and wishes, and the same privileges of having visitors, etc. as other citizens having the same illness?

7. Are the rights of the retarded person respected to the extent that he is encouraged to participate in decisions about his treatment to the full degree of his understanding? Are explanations of conditions and proposed treatments made to him in language he is most likely to understand? If he cannot participate, is his parent or guardian fully informed and consulted?

8. If there are free public schools for normal children, are there also free school programs especially suited to the needs of the retarded of the same ages which are sufficient in quantity, quality, geographical distribution and accessibility? If parents pay tuition for normal children, do they have to pay more for education of their retarded children? Are there provisions for even the most severely and profoundly retarded who live at home?

9. Are there adequate provisions to meet the varying educational needs of different children and adults at different ages? Are these special programs made available in different parts of the city and country so as to be actually available to each child according to his or her need?

10. Are the educational provisions for children in residential facilities at least as extensive and suitable as for those living in natural homes? And vice versa?

11. Is the education program oriented toward developing social independence (as far as possible) for the retarded person? Are there programs leading to appropriate employment in economically valued jobs which actually exist in the economy of the country?

12. Does the fact of having been in a special school or class cause discrimination in employment unrelated to the person's actual ability to do the job?

13. Are there programs for the proper preparation of teachers, therapists, counselors and physicians to meet the needs of the present and future services?

Article 3: Employment and income security

UN Article 3:

'The mentally retarded person has a right to economic security and to a decent standard of living. He has a right to perform productive work or to engage in any other meaningful occupation to the fullest possible extent of his capabilities.'

ILSMH Article 3:

'The mentally retarded person has a right to economic security and to a decent standard of living. He has a right to productive work or other meaningful occupation.'

1. Are there barriers (laws, attitudes) which prevent a mentally retarded person from obtaining a job which he is capable of performing?

2. Are there circumstances under which he may be paid less than another person for an equal amount of work?

3. Are persons in residential facilities who work regularly at tasks which contribute to the running of the facility (janitorial work, kitchen work, etc. beyond what would be their share in their own homes) paid a fair wage for this work? Are they permitted to keep at least part of their earnings for their personal use (rather than paying it all toward the cost of food and shelter at the facility)?

4. If a retarded adult is unable to earn at least as much as would be considered a 'living wage' for another worker, is there a system (social insurance, compensation) which permits him to receive a regular income from public funds as a matter of right?

5. Is the social insurance or assistance benefit sufficient, considering the additional costs of living which handicaps may impose?

6. Are there family allowances or 'invalidity' allowances paid to the parents (as well as foster parents) who maintain their child at home, to assist them in meeting the extra costs of caring for such a child, as compared to a normal child? Are similar allowances available for disabled adults?

7. Is there a national health service or a national system of paying for health care such that the services of hospitals,

clinics, physicians, etc. are either free or available at a cost no greater than a nonhandicapped person would pay?

8. Is there adequate insurance (or other alternative) against unemployment? Does the mentally retarded worker have the same rights as other workers?

9. If there are laws which require or favor the employment of handicapped persons, are the mentally retarded also covered by these provisions?

10. If the retarded adult needs further training (vocational or other adult education) is it available to him on a basis at least comparable to other persons?

Article 4: Home and community life

UN Article 4:

'Whenever possible the mentally retarded person should live with his own family or with foster parents and participate in different forms of community life. The family with which he lives should receive assistance. If care in an institution becomes necessary, it should be provided in surroundings and other circumstances as close as possible to those of normal life.'

ILSMH Article 4:

'The mentally retarded person has a right to live with his own family or with foster parents; to participate in all aspects of community life, and to be provided with appropriate leisure time activities. If care in an institution becomes necessary it should be in surroundings and under circumstances as close to normal living as possible.'

1. Do physicians, teachers and other professional persons who advise the family give the family encouragement to keep their child with them? Is practical help given to make this more feasible?

2. Are parents and foster parents respected as the people who have the first responsibility for the care, nurture and education of their retarded child as for their normal child?

3. Do professional people share their knowledge of the child's condition and potentials for growth with the parents or foster parents, and assist them to understand how to foster growth in accordance with such potentials?

4. Are community recreation and leisure time facilities open to retarded persons? Is any effort made to provide adapted

programs (for example, special swimming lessons)? Are these facilities physically accessible (free of architectural barriers) to retarded persons with physical handicaps? Are the churches and religious organizations open and receptive to retarded persons? Are public attitudes accepting of people who are different?

5. If residential care is provided other than in natural homes and foster family homes, are the facilities homelike? Are they situated in residential areas? Are the conditions of living such as to encourage the retarded residents to become as personally independent as possible, and to make choices for themselves in respect to activities, friends, articles of personal use, clothing, etc.? Does the individual have a choice among alternative arrangements? Does this include a choice to have a single room or to choose with whom he will share quarters? If he is unable to make a choice for himself, does his personal representative have an opportunity to do so?

6. Do such facilities accommodate persons of both sexes? Are they convenient to local transportation? Do the conditions encourage the retarded residents to participate in community activities and to behave in as culturally normative a way as is compatible with the degree of handicap?

7. Are residential facilities distributed in the various residential neighborhoods so that there is not an excessive concentration in any one area and so that the residents have opportunity for informal interaction with neighbors and normal peer groups?

8. Are the families of residents actively encouraged to visit frequently and informally with the retarded member who is living away from home? Does he have something to say about when and how he visits with them?

9. Are steps taken to minimize expressions of prejudice or discrimination by neighbors toward retarded persons who are living or moving into apartments, hostels, etc. in the community?

10. Are architectural barriers to persons with physical handicaps reduced to a minimum?

11. Are there appropriate daytime activities outside the home for persons who are too handicapped to be employed for wages?

Article 5: Guardianship

UN Article 5:

'The mentally retarded person has a right to a qualified guardian, when this is required, to protect his personal well-being and interests.'

ILSMH Article 5:

Same as UN: 'No person rendering direct services to the mentally retarded should also serve as his guardian.'

1. Is there a formal procedure for determining whether a person is impaired in such a way as to require a guardian (limited or plenary) and does such procedure provide for (1) evidence to be presented both for and against the finding, (2) legal representation for the retarded person, (3) adequate professional evaluation of his specific capacities and deficits relative to his making appropriate decisions for himself in his own interest and according to his own preferences?

2. Is the legal procedure to declare a mentally retarded person in need of guardianship, or the actual appointment of a guardian, as the case may be, costly, or are provisions made for these procedures to be carried out without cost to the person or his family?

3. When a person identified as mentally retarded becomes of age, is he necessarily presumed to be incompetent? Is he so treated by parents and others without objective verification?

4. What happens to a mentally retarded person when he is orphaned or has no family or is abandoned by his family? Are active interventions assured in this situation? Are there alternatives to admission to an institution?

5. Are there available persons qualified to act as guardians of individuals when no appropriate relative or friend offers?

6. Are there public or private agencies legally authorized to intervene on behalf of mentally retarded persons where their welfare is threatened?

7. Do specific guardianship societies for mentally retarded exist independent of agencies providing care and training? Are there programs to assure the appointment of a guardian (limited or plenary) if needed?

8. Are there other forms of public or private advocacy of retarded persons apart from or instead of, guardianship? Is there active recruitment of volunteers to act as guardians or as 'citizen advocates'?

9. Is there any public officer who acts as guardian either in an emergency or when no other is available?

10. Are the directors of institutions or other persons who serve the retarded professionally considered ineligible to act also as guardians of their clients/patients?

11. Are there legal provisions to assure that the person entrusted with the guardianship of a mentally retarded person does not neglect the person or mismanage his funds? Are there special follow-up programs for mentally retarded people who have been found in need of guardianship?

12. Is it possible to separate guardianship of the person and guardianship of property?

13. Are there provisions for 'limited guardianship,' i. e. assignment of decision-making responsibilities to the guardian only to the extent necessary in the individual case?

14. Is a seriously incapacitated person who has some residual capacity to make decisions allowed to take advantage of that capacity?

Article 6 (First Part): Protection from abuse and neglect

UN Article 6 (first part):
'The mentally retarded person must be protected from every kind of exploitation, degrading treatment and abuse.'

ILSMH Article 6 (first part):
'The mentally retarded person has a right to protection from exploitation, abuse and degrading treatment . . .'

1. Do the regular protective services for abandoned, neglected or orphaned children extend equally to retarded children?

2. Do nurses, physicians and social workers show equal zeal in reporting cases of child neglect or abuse, or malnutrition, etc. for retarded children as for others? For those in institutions also?

3. Are professional protective workers instructed to deal with the retarded and how to do it?

4. Are mentally retarded children or adults exhibited or exposed to visitations by members of the public or by the press or professional workers under circumstances which would be considered inappropriate in a regular public school or hospital?

5. Are retarded pupils given the least desirable classrooms in

the school buildings, or usually expected to use buildings abandoned for use by normal people?

6. Is 'labeling' applied for purposes other than constructive diagnosis and prescriptive programming or scientific study?

7. Are there places where the surroundings of the retarded persons are made visibly humiliating such as by the use of bars on windows or by requiring the retarded persons to be seen by strangers in inferior clothing, or not clothed?

8. Are reporters or comedians rebuked when or if they use insulting language in referring to the mentally retarded, or if they make slurring jokes?

Article 6 (Second Part):
Criminal responsibility and procedure

UN Article 6 (second part):
. . .'If prosecuted for any offence, he shall have a right to due process of law with full recognition being given to his degree of mental responsibility.'

ILSMH Article 6 (second part):
'If accused, he has a right to a fair trial with full recognition being given to his degree of responsibility.'

1. Is the mentally retarded person entitled to all the legal safeguards due to any other citizen accused of a crime?

2. Is the person who is recognized as mentally retarded and who is unable to understand police and judicial procedures afforded proper assistance in the exercise of his rights?

3. Do the police receive any training and guidance in the recognition and pre-trial handling of mentally retarded persons suspected of crime?

4. Does the mentally retarded person have a right to the presence of a lawyer, relative, or friend during the course of any police interrogation? Does he (or his guardian or parent) have an opportunity to choose the person who will represent him?

5. Does he have a right to the guiding hand of counsel (lawyer) at every stage of a criminal proceeding?

6. In any prosecutorial proceedings, is a person believed to be mentally retarded entitled to a diagnosis and evaluation of his social capability by qualified experts?

7. Does that evaluation include a determination as to whether

he is 'fit to stand trial' (i.e. mentally competent to understand proceedings and assist his counsel in his defense)?

8. If found not fit to stand trial, is the retarded person entitled to a reasonably prompt opportunity to have a trial or to have the charges against him withdrawn?

9. If the retarded person (charged with crime but found not fit to stand trial) is diverted to civil authorities on grounds of his alleged dangerousness, is he entitled to proper legal safeguards to the same extent as any other alleged 'dangerous' person not accused or convicted of any crime?

10. At a criminal trial, is the mentally retarded person entitled to the defense of 'diminished mental responsibility' or similar defense to mitigate or excuse from punishment in such cases in which the person lacked the mental capacity to form a criminal purpose, or had some such degree of incapacity?

11. If convicted of a crime, or if otherwise placed in custody, is the mentally retarded person entitled to receive treatment in the least restrictive setting suited to his needs, his degree of responsibility and the public's safety?

12. If placed under custody (except for a specified short period of time), is he entitled to an automatic periodic review and a right of appeal to independent, higher authorities?

Article 7:
Procedures when rights are necessarily restricted

UN Article 7:

'Whenever mentally retarded persons are unable, because of the severity of their handicap, to exercise all their rights in a meaningful way or it should become necessary to restrict or deny some or all of these rights, the procedure used for that restriction or denial of rights must contain proper legal safeguards against every form of abuse. This procedure must be based on an evaluation of the social capability of the mentally retarded person by qualified experts and must be subject to periodic review and the right of appeal to higher authorities.'

ILSMH Article 7:

'Some mentally retarded persons may be unable due to the severity of their handicap, to exercise for themselves all of their rights in a meaningful way. For others, modification of some or all of these rights is appropriate. The procedure used
32 for modification or denial of rights must contain proper legal

safeguards against every form of abuse, must be based on an evaluation of the social capability of the mentally retarded person by qualified experts and must be subject to periodic reviews and to the right of appeal to higher authorities.'

1. Before any procedures to deny or restrict rights are initiated, are other less restrictive or non-restrictive procedures fully considered, such as those which provide him with counseling, advice, or social and emotional support for his own decision-making and action?

2. Before any restriction is considered, is an evaluation made of his social capabilities as related specifically to his ability to exercise the right in question having in mind that many citizens are expected to make decisions for themselves which do entail risk and which may not always have the most desirable results? If rights are to be restricted, is the determination of need for such restriction preceded by a careful evaluation of the retarded person's specific capabilities which is carried out by experts in the evaluation of social competence in persons who are mentally retarded? Is the expert evaluation interdisciplinary?

3. When a person is found incapable of exercising certain rights, is this finding based on essential protection, i.e. is the restriction necessary to protect the individual himself or others from significant harm?

4. Is any restriction which is imposed limited only to the specific activities (i.e. exercise of specific rights) in respect to which the person has been found incapacitated, leaving to him those rights he may prudently be allowed to exercise?

5. If some restriction is so required, is the restriction carried out in a way which imposes the minimum degree of constraint needed to accomplish its purpose? (i.e. limited guardianship rather than plenary guardianship; supervision rather than committment, community based rather than institutional care, if possible, etc.)

6. Does the retarded person, his family, or other interested person receive prior notice in advance of any serious restrictive proceedings?

7. Is the person, his family, or his friends entitled to the assistance of advocates to act in behalf of the mentally retarded person in any proceedings?

8. Does the retarded person have access to a qualified representative (attorney, advocate) whose interests do not conflict with his own?

9. Are the opportunities to ask for reconsideration or independent review of any restriction, both at the time imposed and later, appropriate to the degree and duration of the restriction? Is there also automatic periodic review?

10. If the rights involved are fundamental ones, are the proceedings judicial in character?

11. Does the mentally retarded person or his representative have opportunities of submitting information to the tribunal, appearing before it, and challenging information submitted by others?

12. Is the retarded person or his representative informed of his right to appeal and given assistance, legal and otherwise, in exercising that right?

13. Does the retarded person (or his natural advocate, e.g. relative, general guardian) have a right to select the attorney or other persons who may represent him in such proceedings?

Congress Proceedings
7th World Congress of the ILSMH on Mental Handicap
Edited by Lebenshilfe für Behinderte, Österreichischer Dachverband
© 1978 ILSMH

Appendix 1

Declaration on the Rights of Mentally Retarded Persons

Resolution Adopted by the General Assembly of the United Nations (on the report of the Third Committee [A/8588]) 2856 (XXVI).

The General Assembly,

Mindful of the pledge of the States Members of the United Nations under the Charter to take joint and separate action in co-operation with the Organization to promote higher standards of living, full employment and conditions of economic and social progress and development,

Reaffirming faith in human rights and fundamental freedoms and in the principles of peace, of the dignity and worth of the human person and of social justice proclaimed in the Charter,

Recalling the principles of the Universal Declaration of Human Rights, the International Covenants on Human-Rights,[1]) the Declaration of the Rights of the Child[2]) and the standards already set for social progress in the constitutions, conventions, recommendations and resolutions of the International Labour Organisation, the United Nations Educational, Scientific and Cultural Organization, the World Health Organization, the United Nations Children's Fund and of other organizations concerned,

Emphasizing that the Declaration on Social Progress and Development[3]) has proclaimed the necessity of protecting the rights and assuring the welfare and rehabilitation of the physically and mentally disadvantaged,

Bearing in mind the necessity of assisting mentally retarded persons to develop their abilities in various fields of activities and of promoting their integration as far as possible in normal life,

Aware that certain countries, at their present stage of development, can devote only limited efforts to this end,

Proclaims this Declaration on the Rights of Mentally Retarded Persons and calls for national and international action to ensure that it will be used as a common basis and frame of reference for the protection of these rights:

1.
The mentally retarded person has, to the maximum degree of feasibility, the same rights as other human beings.

2.
The mentally retarded person has a right to proper medical care and physical therapy and to such education, training, rehabilitation and guidance as will enable him to develop his ability and maximum potential.

3.
The mentally retarded person has a right to economic security and to a decent standard of living. He has a right to perform productive work or to engage in any other meaningful occupation to the fullest possible extent of his capabilities.

4.
Whenever possible, the mentally retarded person should live with his own family or with foster parents and participate in different forms of community life. The family with which he lives should receive assistance. If care in an institution becomes necessary, it should be provided in surroundings and other circumstances as close as possible to those of normal life.

5.
The mentally retarded person has a right to a qualified guardian when this is required to protect his personal well-being and interests.

6.
The mentally retarded person has a right to protection from exploitation, abuse and degrading treatment. If prosecuted for any offence, he shall have a right to due process of law with full recognition being given to his degree of mental responsibility.

7.
Whenever mentally retarded persons are unable, because of the severity of their handicap, to exercise all their rights in a meaningful way or it should become necessary to restrict or deny some or all of these rights, the procedure used for that restriction or denial of rights must contain proper legal safeguards against every form of abuse. This procedure must be based on an evaluation of the social capability of the mentally retarded person by qualified experts and must be subject to periodic review and to the right of appeal to higher authorities.

2027th plenary meeting,
20 December 1971.

1) Resolution 2200 A (XXI).
2) Resolution 1386 (XIV).
3) Resolution 2542 (XXIV).

40

Compte-rendu du congrès
7ème Congrès Mondial de la ILSMH sur le Handicap Mental
Edité par Lebenshilfe fur Behinderte, Österreichischer Dachverband
© 1978 ILSMH

Séance 62

La mise en application des droits des personnes handicapées mentales: séance publique du Groupe de Travail de la Ligue Internationale

Pas à pas: Analyse de la Déclaration des Droits du Déficient Mental. Guide Pratique à l'usage des Associations Nationales.
Préparé par le Groupe de Travail pour la Mise en Applications des Droits, 1974–1976.

Introduction

L'année 1971 a connu une étape importante pour les handicapés mentaux dans le monde. Pendant cette année, une déclaration des Nations-Unies, souscrite par ses Etats-membres, proclama les droits des handicapés mentaux en tant qu'êtres humains et citoyens, dans le monde et dans leurs pays respectifs. La Déclaration des Droits du Déficient Mental, telle qu'elle a été adoptée par les Nations-Unies, le 20 décembre 1971, est basée sur la Déclaration des Droits Généraux et Particuliers des Déficients Mentaux, préparée et adoptée par la Ligue Internationale des Associations d'Aide aux Handicapés Mentaux, au cours de son 4ème Congrès Mondial, à Jérusalem en 1968.

Toutefois, de telles déclarations n'ont de sens que si elles sont suivies de mesures prises en temps utile, et visant le même but. Il est donc d'importance capitale que chaque pays

analyse ses propres progrès, déjà réalisés dans le domaine de la reconnaissance et de l'application des droits des personnes handicapées mentales. Cela signifie que, parfois, il faudra peut-être reconsidérer des étapes déjà franchies, et repartir à zéro. Il nous est apparu que le premier pas à franchir était de déterminer, pour chaque pays et chaque article de la Déclaration, le stade de développement atteint, et de décider ensuite l'étape suivante à franchir.

Une étude faite par Stanley Herr, J. D. en 1974–1975, avec la collaboration de la Ligue Internationale, démontre en effet, que même les pays industrialisés, et/ou à la pointe du progrès social, n'ont pas obtenu *tous* les droits pour leurs handicapés mentaux, ni parties de ces droits pour *tous* les handicapés mentaux. Certaines lacunes se cachent sous le prétexte que, puisque la majorité des handicapés mentaux est traitée avec justice, tous le sont!

De ce fait, la Ligue a décidé de créer un «Groupe de Travail pour la Mise en Application des Droits des Déficients Mentaux». Ce Groupe s'est donné pour tâche d'aider – par l'envoi de documentation – les Associations Membres de la Ligue à prendre les mesures appropriées, en vue de l'obtention de ces droits dans leurs pays respectifs.

Comme nous le disions ci-dessus, le «premier pas» consiste en une analyse minutieuse, permettant de déterminer la limite du champ d'application de chaque article des Droits, et ce dans ses moindres détails.

Il s'agit, entr'autres, de vérifier: si tous les groupes d'âge sont pris en considération, si les services de différentes régions connaissent un même développement, si les handicapés les plus profonds ne sont pas lésés et si la manière d'assurer leurs droits est en rapport avec leur degré de handicap, si les personnes handicapées mentales séparées de leur famille bénéficient des mêmes conditions de vie que celles vivant en famille, si les personnes handicapées mentales elles-mêmes (autant que possible), leurs parents ou ceux qui les représentent, sont informées de leurs droits, et, enfin, s'il existe une structure adéquate permettant de s'assurer que ces droits sont observés, de façon permanente, pour toute personne handicapée mentale, dans quelque juridiction nationale que ce soit.

A défaut d'un terme approprié, nous avons appelé cette structure «l'agent de contrôle», qui sera, selon le cas, un «ombudsman», une commission des droits de l'homme, un

magistrat, une émanation du pouvoir judiciaire. Les mérites respectifs de ces différentes formes de contrôle, existant dans divers pays, ont été analysés dans le rapport de M. Stanley Herr, rapport dont un résumé a été présenté au Congrès de Dublin de la Ligue Internationale, en 1975.

Comment se servir de ce questionnaire?
Les pages qui suivent sont destinées à vous aider à évaluer, dans votre propre pays, le degré de respect et la mise en pratique de chacun des articles énoncés dans la Déclaration des Droits de l'O.N.U.

Chacun de ces articles est considéré séparément, en haut de la page (texte officiellement adopté par les Nations-Unies); nous avons ajouté, en-dessous, le texte correspondant de la Déclaration originale établie par la Ligue Internationale. Ceci constitue déjà une première interprétation de ce que la Ligue estime sous-entendre par chaque article de la Déclaration.

Viennent ensuite une série de questions, analysant, de manière détaillée, le principe général émis dans chaque article.

Cette série de questions n'est pas limitative. Vous pouvez y joindre les vôtres. Nous vous recommandons de tenir compte, pour chaque article, des usages et lois en faveur des personnes handicapées mentales propres à votre pays. Nous n'en avons pas fait mention, étant donné leur usage limité à certaines régions du monde. Par exemple, le «conseil de famille» peut jouer un rôle important dans les pays Latins.

Article 1: Droits fondamentaux
Article 1 O.N.U.:
«Le déficient mental doit, dans toute la mesure du possible, jouir des mêmes droits que les autres êtres humains»
ILSMH:
«Le déficient mental a les mêmes droits fondamentaux que les autres citoyens du même pays et du même âge.»
1. L'enfant déficient mental (D. M.) a-t-il le même droit à la vie que tout autre enfant? Ceci inclut-il le droit aux soins médicaux nécessaires à la sauvegarde de sa vie, tant à la naissance, que plus tard?
2. Le droit fondamental d'avoir des parents, ou parents adoptifs, qui prennent en charge l'éducation de l'enfant, et le protègent, est-il respecté de la même façon que pour un enfant normal? Un enfant arriéré mental peut-il être adopté?

3. L'enfant déficient mental a-t-il droit à l'instruction, durant au moins le même nombre d'années que les autres enfants?
4. L'arriéré mental adulte a-t-il le droit de vote, à moins qu'une loi générale spécifiant dans quels cas le droit de vote est retiré, ne l'ait privé de ses droits civiques?
5. L'arriéré mental jouit-il d'aide et de défense de la part de la protection civile, au même titre que les autres citoyens?
6. L'arriéré mental est-il informé de ses droits et responsabilités civiles, d'une façon qui lui est compréhensible?
7. Le corps de police est-il suffisamment formé pour comprendre le comportement de l'arriéré mental?
8. Accusé d'un délit, l'arriéré mental est-il présumé innocent, jusqu'à preuve du contraire? Cette présomption reçoit-elle l'approbation de l'opinion publique et de la police?
9. Les arriérés mentaux se voient-ils refusés l'accès d'endroits publics, tels que plaines de jeux, bus, restaurants, pour la seule raison de leur «différence», ou peut-être pour ne pas heurter l'autre clientèle?
10. Existe-t-il un système permettant d'assurer la bonne application et le respect des droits fondamentaux des arriérés mentaux? (voir introduction)

Article 2: Droit aux services (Santé et Education)
Article 2 O.N.U.:
«Le déficient mental a droit aux soins médicaux et aux traitements physiques appropriés, ainsi qu'à l'instruction, à la formation, à la réadaptation et aux conseils qui l'aideront à développer au maximum ses capacités et ses aptitudes»

ILSMH:
«Le déficient mental a droit aux soins médicaux et aux traitements physiques appropriés à son état, ainsi qu'à l'éducation, à l'instruction, à la formation, à la réadaptation et aux conseils qui l'aideront à développer au maximum ses capacités et ses aptitudes, quelle que soit la gravité de son handicap. Aucun déficient mental ne doit être privé de cette assistance en raison de la charge financière qu'il représente».

1. Existe-t-il des services de santé où toutes les mères et futures mères peuvent se rendre avec leurs enfants, et où une intervention précoce, dans les cas de bébés «à risques», leur est dispensée grâce à des consultations pré-natales et de pédiatrie?

2. Les soins médicaux aux nourrissons et enfants handicapés sont-ils de même qualité que ceux prodigués aux enfants qu'on croit «normaux»?

3. Prodigue-t-on les mêmes soins routiniers, tels que soins dentaires, vaccinations, contrôles auditifs et visuels, etc., aux enfants retardés qu'aux autres enfants? Sont-ils de même qualité, dans les cliniques, hôpitaux, services d'hygiène, et instituts pour arriérés mentaux?

4. Si une famille d'accueil prend en charge un enfant retardé, a-t-elle accès, et utilise-t-elle les mêmes services de soins – et de même qualité – que s'il s'agissait de ses propres enfants? Ces enfants reçoivent-ils vraiment les mêmes soins?

5. Les personnes arriérées mentales reçoivent-elles des tranquillisants ou autres médicaments, en doses excessives par rapport aux personnes non handicapées? Cette administration de médicaments a-t-elle pour but de les rendre plus dociles, et de faciliter ainsi la tâche de personnes qui en ont la charge?

6. Si une personne handicapée mentale doit être hospitalisée pour cause de maladie, reçoit-elle des soins de même qualité, est-elle l'object de la même attention, et est-elle autorisée à recevoir des visites, comme n'importe quelle autre personne dans le même cas?

7. Lui reconnaît-on le droit de prendre part aux décisions qui concernent son traitement, dans toute la mesure de son entendement? Les explications relatives à son traitement et aux conditions dans lesquelles celui-ci sera effectué, lui sont-elles données en un langage clair et simple, qu'il est susceptible de comprendre? S'il ne peut comprendre lui-même, ses parants ou son tuteur sont-ils informés et consultés?

8. Dans la mesure où l'enseignement est gratuit pour les enfants normaux, existe-t-il également un enseignement spécialisé gratuit, de même qualité et adapté aux besoins des arriérés mentaux du même âge? Dans ce cas, la répartition géographique des écoles est-elle satisfaisante, sont-elles aisément accessibles? S'il y a un minerval à payer pour les enfants normaux, doit-on payer plus pour l'éducation d'enfants handicapés? Existe-t-il également des services éducatifs pour les enfants handicapés, sévères et profonds, qui restent à la maison?

42 9. Les services spécialisés répondent-ils à toute la gamme

des besoins éducatifs des enfants et des adultes de tous âges? Ces services sont-ils répartis en suffisance dans tous les secteurs de la ville, de la région, etc., de manière telle que chaque enfant y ait accès selon ses besoins?

10. L'enseignement prodigué aux enfants placés en institut est-il au moins d'aussi bonne qualité, et, aussi bien adapté à leurs besoins que l'enseignement dont bénéficient les enfants vivant en famille? – Et vice-versa?

11. L'éducation de l'arriéré mental est-elle orienté vers une autonomie, la plus grande possible? Les programmes de formation professionnelle de l'arriéré mental sont-ils établis en fonction d'un emploi possible dans une activité rentable de la vie économique du pays?

12. Le fait d'avoir suivi un enseignement spécial est-il un obstacle à l'embauche, sans tenir compte de la faculté de la personne à exécuter le travail sollicité?

13. La formation du personnel pour les arriérés mentaux correspond-elle à la tâche qu'on attend d'eux? Sont-ils tenus au courant de l'évolution? Sont-ils en nombre suffisant? (N. B.: Par personnel, entendez quiconque s'occupe d'arriérés mentaux: éducateurs, enseignants, thérapeutes, conseillers, médecins, etc.)

Article 3: Emploi et sécurité économique

Article 3 O.N.U.:

«Le déficient mental a droit à la sécurité économique et à un niveau de vie décent. Il a le droit dans toute la mesure de ses possiblilités, d'accomplir un travail productif, ou d'exercer toute autre occupation utile.»

ILSMH:

«Le déficient mental a droit à la sécurité économique et à un niveau de vie décent. Il a le droit d'accomplir un travail productif ou d'exercer toute autre occupation utile.»

1. Existe-t-il des barrières (lois, attitudes) empêchant un arriéré mental d'obtenir un travail, qu'il serait capable d'accomplir?

2. Existe-t-il des circonstances dans lesquelles il serait moins payé qu'un autre travailleur pour un travail semblable?

3. Les personnes vivant en institut, et dont les tâches régulières facilitent la bonne marche de la maison (portier, cuisine, nettoyage), reçoivent-elles un salaire correspondant à ce travail? Ont-elles droit de garder une partie de ce salaire pour usage personnel, plutôt que de tout remettre à l'institut

pour la nourriture, les soins et le logement?

4. Si un arriéré mental adulte n'est pas en état de gagner par son travail le minimum «socio-vital», existe-t-il un système de compensation (assurance sociale, allocations de handicapés), lui permettant de l'obtenir, de façon régulière, grâce aux fonds publics?

5. L'assurance sociale ou l'aide financière est-elle suffisante, eu égard aux frais supplémentaires occasionnés par le handicapé?

6. Les familles (ou familles d'accueil), où il y a un enfant handicapé mental, bénéficient-elles d'allocations familiales (ou d'allocations d'invalidité), qui leur permettent de faire face aux dépenses supplémentaires occasionnées par la présence, à la maison, d'un enfant handicapé? Ces allocations sont-elles également attribuées aux adultes handicapés mentaux?

7. Existe-t-il un service national de santé, ou quelqu'autre système national, permettant l'indemnisation des frais supplémentaires occasionnés par les soins particuliers aux handicapés, de sorte que les frais médicaux d'hospitalisation et de consultation ne soient pas plus élevés que ceux payés par des personnes non handicapées?

8. Existe-t-il une assurance, ou quelqu'autre système, contre le manque d'emploi? Le travailleur arriéré mental a-t-il les mêmes droits que les autres travailleurs?

9. S'il existe des lois de protection de l'emploi en faveur des handicapés en général, s'adressent-elles également aux personnes arriérées mentales?

10. Si une formation complémentaire (professionnelle ou d'un autre type) s'avère nécessaire pour l'adulte arriéré mental, la reçoit-il au même titre que les autres adultes?

Article 4: Foyers et vie au sein de la collectivité

Article 4 O.N.U.:

«Lorsque cela est possible, le déficient mental doit vivre au sein de sa famille ou un foyer s'y substituant, et participer à différentes formes de la vie communautaire. Le foyer où il vit doit être assisté. Si le placement en établissement spécialisé est nécessaire, le milieu et ses conditions de vie devront être aussi proches que possible de la vie normale».

ILSMH:

44 «Le déficient mental a le droit de vivre au sein de sa famille ou

d'un foyer s'y substituant, de participer à toutes les formes de la vie communautaire et de s'adonner à des activités récréatives compatibles avec son état. Si son placement en établissement spécialisé est nécessaire, le milieu et ses conditions de vie devront être aussi proches que possible de ceux de la vie normale».

1. Les médecins, les pédagogues ou les autres professionnels qui conseillent la famille, l'encouragent-ils à garder l'enfant à la maison? Aide-t-on la famille de façon concrète, afin de rendre cette tâche plus aisée?

2. Les parents (ou famille d'accueil) sont-ils reconnus comme les premiers responsables de l'éducation et des soins à leur enfant retardé, comme ils le sont pour les autres enfants?

3. Les professionnels partagent-ils avec les parents (ou la famille d'accueil) leur connaissance de l'état de l'enfant et de ses possibilités, et les aident-ils à comprendre comment guider sa croissance en tenant compte de ses possibilités?

4. Les personnes handicapées mentales ont-elles accès aux centres récréatifs ouverts à la collectivité? Fait-on un effort pour créer des activités qui leur sont plus particulièrement adaptées (p. ex.: leçons de natation)? N'y a-t-il pas d'obstacles (architecturaux) empêchant les personnes handicapées mentales, présentant un handicap physique, d'y accéder? Les églises et autres communautés religieuses sont-elles ouvertes et accueillantes vis-à-vis des déficients mentaux? Les personnes «différentes» jouissent-elles de la bienveillance de l'opinion publique?

5. Si la personne handicapée mentale ne vit ni dans sa propre famille, ni dans une famille d'accueil, le foyer où elle habite y est-il comparable? Ce foyer est-il situé dans les quartiers habités? Ses conditions de vie sont-elles stimulantes, et mènent-elles à plus d'autonomie d'indépendance personnelle? Permettent-elles à la personne handicapée mentale qui y réside, un choix individuel des activités, des amis, des vêtements, des objets personnels, etc.? A-t-elle eu son mot à dire pour la décoration de l'endroit où elle habite? A-t-elle pu choisir une chambre pour elle seule? ou les personnes avec qui la partager? Si elle est incapable de choisir elle-même, la personne qui la représente a-t-elle été invitée à faire ce choix?

6. Les foyers résidentiels admettent-ils des personnes des deux sexes? Sont-ils d'accès facile au moyen des transports publics? L'environnement incite-t-il les résidents à prendre

part à des activités sociales en dehors du foyer et à mener une vie «culturelle» normale en rapport, évidemment, avec le degré de handicap?

7. Les institutions sont-elles réparties de telle façon qu'il n'y ait pas de concentration dans un secteur déterminé, et qu'il y ait des possibilités de contacts entre voisins, par exemple?

8. Encourage-t-on les familles à rendre visite régulièrement à ceux des leurs qui résident en institut? Le résident arriéré mental a-t-il son mot à dire quant aux conditions des visites?

9. Informe-t-on les voisins afin d'éliminer tout préjugé ou toute discrimination vis-à-vis des personnes handicapées mentales vivant en appartements, par petits groupes, dans la communauté?

10. Les barrières architecturales constituant des obstacles pour les personnes souffrant d'un handicap physique sont-elles réduites au minimum?

11. Y a-t-il des activités de jour en dehors du foyer pour les personnes trop handicapées pour travailler?

Article 5: Tutelle

Article 5 O.N.U.:

«Le déficient mental doit pouvoir bénéficier d'une tutelle qualifiée lorsque cela est indispensable à la protection de sa personne et de ses biens.»

ILSMH:

«Le déficient mental doit pouvoir bénéficier d'une tutelle qualifiée lorsque cela est indispensable à la protection de sa personne et de ses biens. Toute personne intervenant directement dans le traitement ou l'hébergement du déficient mental ne peut se voir confier de fonction tutélaire.»

1. Existe-t-il une procédure officielle déterminant qu'une personne est atteinte d'arriération mentale, et doit, de ce fait, bénéficier de la protection d'un tuteur (tutelle partielle ou totale)?

Au cours de la procédure, évoque-t-on le pour et le contre d'une telle décision?

La personne handicapée est-elle représentée?

Y a-t-il une évaluation sérieuse, faite par des professionnels, de ses capacités et de ses défaillances, relative notamment, à
46 la faculté qu'elle a de prendre des décisions qui la con-

cernent, dans son propre intérêt et selon ses préférences personnelles?

2. La procédure légale décidant de la désignation d'un tuteur pour un arriéré mental, est-elle gratuite, ou entraîne-t-elle au contraire des frais soit pour l'arriéré, soit pour sa famille?

3. Lorsqu'une personne handicapée mentale atteint un certain âge, est-elle automatiquement considérée comme incapable? Est-elle traitée de la sorte par ses parents ou par d'autres personnes, sans la moindre vérification objective?

4. Que se passe-t-il lorsqu'un handicapé mental est orphelin ou qu'il n'a aucune famille, ou est abandonné par celle-ci? Intervient-on de façon positive en pareil cas? Le placement en institut est-il la seule solution?

5. Y a-t-il des personnes qualifiées pour assumer le rôle de tuteur, lorsqu'aucun membre de la famille ou aucun ami ne se charge de cette responsabilité?

6. Existe-t-il des organismes officiels ou privés autorisés à intervenir dans la défense des intérêts des handicapés mentaux, en cas de lèse-humanité?

7. Les organismes de tutelle sont-ils indépendants des services chargés des soins et de l'éducation des handicapés mentaux? En cas de besoin, existe-t-il un système (tutelle partielle ou totale) permettant de faire nommer un tuteur?

8. La tutelle est-elle la seule forme de parrainage des handicapés mentaux? Cherche-t-on sincèrement à recruter des bénévoles pour assurer, soit la tutelle, soit le parrainage («citizen advocacy») des handicapés mentaux?

9. Y a-t-il un délégué officiel pour assumer la tutelle, s'il ne s'en trouve pas d'autre, ou en cas d'urgence?

10. Un directeur d'instituts ou toute autre personne s'occupant, à titre professionnel, de la personne handicapée mentale, peut-il être nommé tuteur de ses clients ou patients?

11. Par quel moyen légal peut-on s'assurer que le tuteur d'un pupille handicapé mental ne néglige pas ses fonctions, ni ne dilapide ses biens? Existe-t-il des services de suite pour les personnes handicapées mentales nécessitant un parrainage?

12. Est-il possible de considérer à part, tutelle de la personne, et tutelle des biens du handicapé mental?

13. Existe-t-il une tutelle «limitée», couvrant par exemple, des décisions bien précises à prendre par le tuteur, uniquement dans des cas déterminés?

14. Si une personne est sérieusement handicapée, mais semble néanmoins capable de prendre des décisions dans certains cas, lui en laisse-t-on la possibilité?

Article 6 (Première Partie): Protection contre abus et négligence

Article 6 O.N.U.:

«Le déficient mental doit être protégé contre toute exploitation, tout abus ou tout traitement dégradant.»

ILSMH:

«Le déficient mental doit être protégé contre toute exploitation, tout abus ou traitement dégradant.»

1. Les services existants pour protéger les enfants abandonnés ou orphelins, s'adressent-ils également aux enfants handicapés mentaux?

2. Les infirmier(e)s, médecins, assistants sociaux, etc. montrent-ils le même zèle à dénoncer des cas de négligence, abus, dénutrition, etc., dans le cas d'enfants handicapés mentaux, et dans celui d'autres enfants? Peut-on en dire autant de la situation dans les instituts?

3. Les services de protection (du citoyen) ont-ils une connaissance du problème des arriérés mentaux, et savent-ils comment se comporter avec eux?

4. Les handicapés mentaux, enfants et/ou adultes, vivant en institut, sont-ils autorisés à recevoir des visites de l'extérieur (étudiants, presse, professionnels, etc.) qui seraient jugées inadmissibles, voire dégradantes, dans des écoles, des cliniques, des hôpitaux ordinaires?

5. Les handicapés mentaux sont-ils installés dans des locaux moins agréables, ou même abandonnés (pour cause de vétusté) par les personnes «dites» normales?

6. Dans le label «handicapé mental», voit-on d'autres intérêts que celui d'établir un diagnostic constructif, un programme éducatif, ou de poursuivre une étude scientifique?

7. Existe-t-il des endroits où les handicapés mentaux sont placés dans une situation réellement humiliante, soit par la présence de barreaux aux fenêtres, soit par le port de vêtements misérables (ou pas de vêtements du tout)? Et peuvent-ils être vus ainsi par des étrangers?

8. Si des journalistes ou des comédiens se servent d'un langage insultant vis-à-vis des handicapés mentaux, ou font des plaisanteries déplacées à leur sujet, leur adresse-t-on des réprimandes?

Article 6 (Deuxième Partie): Responsabilité en cas de délit et procédure

Article 6 O.N.U.:

«S'il est l'objet de poursuites judiciaires, il doit bénéficier d'une procédure régulière, qui tienne pleinement compte de son degré de responsabilité, eu égard à ses facultés mentales.»

ILSMH:

«S'il est l'objet de poursuites judiciaires, il doit bénéficier d'une procédure régulière qui tienne pleinement compte de son degré de responsabilité.»

1. Si l'arriéré mental est accusé d'un délit, est-il assuré de la défense légale au même titre qu'un autre citoyen?

2. Si l'arriéré mental est incapable de comprendre la police ou la procédure judiciaire, lui accorde-t-on l'assistance nécessaire pour préserver ses droits?

3. En cas de délit, la police reçoit-elle une formation suffisante pour reconnaître un arriéré mental, et mener l'instruction préalable à un procès?

4. L'arriéré mental a-t-il droit à la présence d'un avocat, d'un parent, ou d'amis, durant l'interrogatoire de la police? A-t-il (ou ses parents ou son tuteur) le droit de choisir la personne qui le représentera?

5. A-t-il le droit de bénéficier de l'assistance d'un conseiller (avocat), tout au long de la procédure?

6. Une personne présumée handicapée mentale, a-t-elle droit à un diagnostic et à une évaluation de ses facultés (capacités sociales), par un expert qualifié, avant toute poursuite judiciaire?

7. Lors de cette évaluation, établit-on également si elle est capable de suivre son procès (c'est-à-dire capable de comprendre la procédure et d'aider son avocat à la défendre)?

8. S'il est établi que le handicapé mental n'est pas capable de suivre son procès, est-il possible, soit d'écourter, ce procès, soit de le renvoyer des poursuites?

9. Si un handicapé mental, accusé de crime, mais jugé incapable de suivre le procès, est déféré aux autorités civiles, parce que considéré comme dangereux, a-t-il droit à la même protection légale que toute autre personne, considérée comme «dangereuse», mais qui n'est accusée d'aucun crime?

10. Lors d'une procédure criminelle, le handicapé mental peut-il invoquer, pour sa défense, l'irresponsabilité (responsabilité limitée), afin de diminuer ou lever la peine, vu le manque de capacité de préméditation?

11. Si un handicapé mental a commis un délit (crime), et s'il est placé sous surveillance, est-il soumis à un traitement – dans les circonstances les moins restrictives possibles – tenant compte de ses besoins, de son degré de responsabilité, et afin d'assurer la sécurité de la société?

12. Si le handicapé mental est placé sous surveillance (à moins que ce ne soit pour une très courte durée), a-t-il droit, automatiquement, à une révision périodique de son cas, et peut-il faire appel aux instances supérieures?

Article 7: Procédures en cas de nécessité de limitation des droits

Article 7 O.N.U.:

«Si, en raison de la gravité de leur handicap, certains déficients mentaux ne sont pas capables d'exercer effectivement l'ensemble de leurs droits, ou si une limitation de ces droits, ou même leur suppression, se révèle nécessaire, la procédure utilisée aux fins de cette limitation, ou de cette suppression, doit préserver légalement le déficient mental contre toute forme d'abus. Cette procédure devra être fondée sur une évaluation, par des experts qualifiés, de ses capacités sociales. Cette limitation ou suppression des droits sera soumise à une révision périodique et préservera un droit d'appel à des instances supérieures.»

ILSMH:

«Etant donné la gravité de leur handicap, certains déficients mentaux ne sont pas capables d'exercer effectivement l'ensemble de leurs droits. Pour d'autres une limitation de ces droits ou même leur suppression peut être nécessaire. La procédure utilisée aux fins de cette limitation ou de cette suppression devra préserver légalement le déficient mental contre toute forme d'abus. Elle sera fondée sur une évaluation, par des experts qualifiés, de ses capacités sociales. Cette limitation ou suppression des droits sera soumise à des
50 révisions périodiques et préservera un droit d'appel à des

instances supérieures.»
Par dessus-tout – le déficient mental a droit au respect.
Le 24 octobre 1968.

1. Avant d'entamer une procédure limitant les droits de tout handicapé mental, fait-on appel à d'autres systèmes moins restrictifs (conseils, aide sociale et psychologique), pour lui permettre de prendre lui-même ses décisions et d'agir?

2. Avant d'envisager toute limitation, a-t-on évalué les capacités sociales de l'arriéré mental à exercer ses droits, en considérant bien que tout citoyen, prenant une décision pour lui-même, prend quelquefois des risques, et que ses décisions n'ont pas nécessairement un résultat bénéfique? Décide-t-on de la nécessité d'une mesure de restriction après évaluation réfléchie des capacités du handicapé mental?
Cette évaluation est-elle faite par des experts compétents en ce domaine, et dont les disciplines sont multiples?

3. Si on estime qu'une personne est incapable d'exercer certains de ses droits, est-ce par mesure de protection, de l'individu lui-même, ou d'autres personnes?

4. La restriction des droits d'un handicapé mental, est-elle exclusivement limitée à certaines activités spécifiques, pour lesquelles il est jugé incapable, et lui laisse-t-on la possibilité d'exercer ses autres droits?

5. Cette restriciton est-elle appliquée de la façon la moins contraignante possible: tutelle limitée plutôt que complète, supervision plutôt que substitution, soins dans la communauté plutôt qu'en institut, etc.?

6. Informe-t-on le handicapé mental, au préalable, de toute mesure restrictive prise à son égard? En instruit-on la famille ou toute autre personne intéressée?

7. Le handicapé mental, sa famille, ses amis, sont-ils en droit de bénéficier de l'assistance d'un conseiller (avocat), dans quelque procédure que ce soit?

8. Le handicapé mental peut-il se faire représenter par une personne qualifiée (avocat, conseil), dont les intérêts ne lui sont pas contradictoires?

9. Les occasions de demande de reconsidération ou de révision de toute restriction, sont-elles, au moment-même ou plus tard, en rapport avec le degré et la durée de la restriction? De même, fait-on automatiquement un réexamen périodique?

10. Si les droits fondamentaux sont en jeu, la procédure a-t-elle un caractère légal?

11. Laisse-t-on l'occasion à l'arriéré mental ou son représentant, de procurer des informations au tribunal, lors de la comparution, ou de discuter les informations présentées par d'autres?

12. Informe-t-on le handicapé mental ou son représentant, de son droit d'appel, et l'aide-t-on de manière légale à l'exercer?

13. Permet-on au handicapé mental ou son conseil habituel, famille, son tuteur de choisir lui-même son représentant lors de telles procédures?

Compte-rendu du congrès
7ème Congrès Mondial de la ILSMH sur l'Handicap Mental
Edité par Lebenshilfe für Behinderte, Österreichischer Dachverband
© 1978 ILSMH

Appendice 1

Déclaration des droits du déficient mental

Résolution adoptée par l'assemblée générale des Nations Unies (sur le rapport de la Troisième Commission [A/8588]) 2856 (XXVI).

L'Assemblée générale,

Consciente de l'engagement que les Etats Membres de l'Organisation des Nations Unies ont pris, en vertu de la Charte, d'agir tant conjointement que séparément, en coopération avec l'Organisation, pour favoriser le relèvement des niveaux de vie, le plein emploi et des conditions de progrès et de développement dans l'ordre économique et social,

Réaffirmant sa foi dans les droits de l'homme et les libertés fondamentales et dans les principes de paix, de dignité et de valeur de la personne humaine et de justice sociale proclamés dans la Charte,

Rappelant les principes de la Déclaration universelle des droits de l'homme, des Pactes internationaux relatifs aux droits de l'homme[1]) et de la Déclaration des droits de l'enfant[2]), ainsi que les normes de progrès social déjà énoncées dans les actes constitutifs, les conventions, les recommandations et les résolutions de l'Organisation internationale du Travail, de l'Organisation des Nations Unies pour l'éducation, la science et la culture, de l'Organisation mondiale de la santé, du Fonds des Nations Unies pour l'enfance et d'autres organisations intéressées,

Soulignant que la Déclaration sur le progrès et le développement dans le domaine social[3]) a proclamé la nécessité de protéger les droits et d'assurer le bien-être et la réadaptation des handicapés physiques et mentaux,

Ayant à l'esprit la nécessité d'aider les déficients mentaux à développer leurs aptitudes dans les domaines d'activités les plus divers, ainsi qu'à promouvoir, dans toute la mesure possible, leur intégration à une vie sociale normale,

Consciente que certains pays, au stade actuel de leur développement, ne peuvent consacrer à cette action que des efforts limités,

Proclame la présente Déclaration des droits du déficient mental et demande qu'une action soit entreprise, sur le plan national et international, afin que cette déclaration constitue une base et une référence communes pour la protection de ces droits:

1.
Le déficient mental doit, dans toute la mesure possible, jouir des mêmes droits que les autres êtres humains.

2.
Le déficient mental a droit aux soins médicaux et aux traitements physiques appropriés, ainsi qu'à l'instruction, à la formation, à la réadaptation et aux conseils qui l'aideront à développer au maximum ses capacités et ses aptitudes.

3.
Le déficient mental a droit à la sécurité économique et à un niveau de vie décent. Il a le droit, dans toute la mesure de ses possibilités, d'accomplir un travail productif ou d'exercer toute autre occupation utile.

4.
Lorsque cela est possible, le déficient mental doit vivre au sein de sa famille ou d'un foyer s'y substituant et participer à différentes formes de la vie communautaire. Le foyer où il vit doit être assisté. Si son placement en établissement spécialisé est nécessaire, le milieu et ses conditions de vie devront être aussi proches que possible de ceux de la vie normale.

5.
Le déficient mental doit pouvoir bénéficier d'une tutelle qualifiée lorsque cela est indispensable à la protection de sa personne et de ses biens.

6.
Le déficient mental doit être protégé contre toute exploitation,

tout abus ou tout traitement dégradant. S'il est l'objet de poursuites judiciaires, il doit bénéficier d'une procédure régulière qui tienne pleinement compte de son degré de responsabilité eu égard à ses facultés mentales.

7.

Si, en raison de la gravité de leur handicap, certains déficients mentaux ne sont pas capables d'exercer effectivement l'ensemble de leurs droits ou si une limitation de ces droits ou même leur suppression se révèle nécessaire, la procédure utilisée aux fins de cette limitation ou de cette suppression doit préserver légalement le déficient mental contre toute forme d'abus. Cette procédure devra être fondée sur une évaluation, par des experts qualifiés, de ses capacités sociales. Cette limitation ou suppression des droits sera soumise à des révisions périodiques et préservera un droit d'appel à des instances supérieures.

2027ème séance plénière,
20 décembre 1971.

1) Résolution 2200 A (XXI).
2) Résolution 1386 (XIV).
3) Résolution 2542 (XXIV).

Informe del Congreso
7° Congreso Mundial de la ILSMH sobre Deficientes Mentales
Editado por Lebenshilfe für Behinderte, Österreichischer Dachverband
© 1978 ILSMH

Sesión 62

Puesta en práctica de los derechos de los deficientes mentales: Sesión abierta del grupo ad hoc de la Liga Internacional.

Paso a paso: Algunas Directrices Analíticas Para Las Asociaciones Nacionales.

Preparados por el Grupo «ad Hoc» sobre Puesta en práctica de los derechos, 1974–1976.

Introducción

El año 1971 representó un importante paso adelante para los deficientes mentales de todo el mundo; fue en ese año cuando la ONU dio su conformidad al clamor internacional que solicitaba el reconocimiento de sus derechos como seres humanos y ciudadanos del mundo y de sus países respectivos. La Declaración de Derechos de los deficientes mentales, adoptada el 20 de diciembre de 1971 por las Naciones Unidas, se basó en una Declaración de derechos generales y especiales de los deficientes mentales, preparada y aprobada por la ILSMH en su cuarto Congreso Mundial, celebrado en 1968 en Jerusalén.

No obstante, todas estas declaraciones no son más que simples pasos que puede que no lleven a ninguna parte, si no

van seguidos por muchos pasos posteriores, al ritmo apropiado y en la misma dirección. Es obligación de cada país dar estos pasos posteriores necesarios, comenzando en cada caso concreto en el lugar en que dicho país se encuentre en su progreso en la defensa de los derechos de los deficientes mentales. Esto significa también que, en algunos países, tal vez sea necesario rehacer el camino andado y volver a empezar, para tomar la dirección adecuada en algunos aspectos. Después de la Declaración, pues, la primera medida es la de determinar en qué lugar nos encontramos, en nuestros países respectivos, en relación con cada uno de los principales derechos, y en qué dirección tendremos que empezar a actuar.

Un estudio realizado en 1974–75 por Stanley Herr, J. D., con la cooperación de la ILSMH, confirmó en efecto que ningún país, ni siquiera lo más industrializados o más avanzados en el campo social, ha llevado a la práctica la totalidad de los derechos de sus ciudadanos deficientes, ni cada uno de los derechos para la totalidad de dicho sector de población. A veces, las deficiencias se ocultan tras el falso supuesto de que por atenderse a un número elevado, todos son tratados como corresponde.

Consciente de esta realidad, la Liga formó un Grupo «ad hoc» sobre Puesta en Práctica de los Derechos. El Grupo se encargará de preparar materiales para ayudar a las asociaciones miembros a iniciar, dentro de sus propios países, las medidas apropiadas. La primera de ellas es la de proceder a un atento análisis de la medida en que se aplican detalladamente cada uno de los diversos derechos. Esto significa considerar, entre otras cosas, si se tienen debidamente en cuenta los diversos grupos de adad, si están igualmente desarrollados los servicios en las distintas zonas geográficas, si los deficientes más profundos reciben menos atenciones y se adapta a su estado la forma de asegurarles su derechos, si los que viven en grupos o en hogares adoptivos tienen como mínimo las mismas posibilidades de acceso a los servicios que los que viven con sus propias familias, si se les informa de sus derechos a los mismos deficientes (en la máxima medida que permitan sus posibilidades), a sus padres y otros protectores y, por último, si existe un medio adecuado y eficaz para asegurar el reconocimiento continuado de todos y cada uno de los derechos en cada jurisdicción gubernamental.

Por no encontrar un nombre más apropiado, hemos denominado este último medio el «agente de vigilancia». Las estructuras posibles de una vigilancia independiente pueden ser muchas y muy variadas: representante independiente ante la Administración («ombudsman»), comisión de derechos humanos, protectores ciudadanos, organismos judiciales, etc. En el artículo del Sr. Herr se exponen los méritos comparativos de los diversos modelos que en la actualidad se encuentran en los diversos países. En el congreso de la ILSMH, celebrado en 1975 en Dublín, se presentó un resumen del mismo.

Como utilizar estas directrices

Las páginas siguientes están destinadas a ayudarles a preparar un esquema de la observancia, en su país, de cada uno de los derechos fundamentales expresados en la Declaración.

Los diversos Artículos de la Declaración de la ONU han sido tratados separadamente. Se ha repetido cada uno de ellos al comienzo de la página, añadiéndose a continuación la declaración correspondiente preparada por la ILSMH. Se trata de un primer paso en la interpretación de lo que los miembros de la Liga consideran como elementos fundamentales de docho Artículo.

Después de las dos declaraciones, podrán ver una serie de puntos a preguntas que analizan más detalladamente el contenido del principio general expresado en el citado Artículo.

La lista de preguntas no es necesariamente completa y tal vez Vds. puedan añadir algunas más que consideren importantes. De hecho, nosotros les recomendaríamos que estudiaran atentamente las leyes y costumbres propias de su país que podrían aplicarse en beneficio de los deficientes, pero que no se han indicado por el hecho de que sólo se utilizan en algunas culturas concretas. Por ejemplo, en las sociedades latinas, el consejo de familia puede ser un elemento importante.

Artículo 1: Derechos fundamentales

ONU, Artículo 1:

«El deficiente mental debe gozar, hasta el máximo grado de viabilidad, de los mismos derechos que los demás seres humanos».

ILSMH, Artículo 1:
«El deficiente mental tiene los mismos derechos fundamentales que los demás ciudadanos del mismo país y de la misma edad»

1. ¿Se proporciona al niño deficiente mental el mismo derecho a la vida que a cualquier otro niño, incluidos los mismos recursos médicos para la protección de la vida en el momento de nacer y posteriormente?.

2. ¿Se favorece en la misma medida que con los niños normales el derecho fundamental a tener un padre o tutor que cuide de él, le proporcione alimentación y defienda sus derechos?.

3. ¿Tiene el niño deficiente mental derecho a la educación durante el mismo número de años que los demás niños?.

4. ¿Se permite votar al adulto deficiente mental, salvo que haya sido específicamete excluido de acuerdo con una ley general que especifique los casos concretos en que puede negarse dicho derecho?.

5. ¿Proporciona la policía a los deficientes la misma ayuda y protección que a los demás ciudadanos?.

6. ¿Se da a conocer a los deficientes sus derechos y responsabilidades como ciudadanos de forma que pueda ser comprendida por ellos?.

7. ¿Se orienta a los miembros de las fuerzas de orden público de manera que sean capaces de comprender el comportamiento de una persona deficiente?.

8. Si se les acusa de un delito, ¿se considera al deficiente mental inocente mientras no se pruebe lo contrario?. ¿Aceptan esta presunción el público en general y la policía?.

9. ¿Se niega corrientemente a las personas deficientes el uso de instalaciones públicas, tales como campos de juego, autobuses, restaurantes, etc. simplemente basándose en el hecho de que son «diferentes» o porque tal vez se presencia sea molesta para otros clientes?.

10. ¿Hay algún tipo de agente de «vigilancia» que se encargue de comprobar sie se llevan a la práctica los derechos fundamentales? (Véase la Introducción).

Artículo 2: Derecho a los servicios (Salud y Educación)
ONU, Artículo 2:
«El deficiente mental tiene derecho a la atención médica y al

62

tratamiento médico que requiera su caso, así como a la educación, adiestramiento, formación y orientación que le permitan desarrollar al máximo sus aptitudes y posibilidades».

ILSMH, Artículo 2:
«El deficiente mental tiene derecho a una atención médica y recuperación física adecuadas, así como a una educación, adiestramiento, formación y orientación, que le permitan desarrollar al máximo sus aptitudes y posibilidades, cualquiera que sea el grado de su incapacidad. Ningún deficiente mental debe ser privado de esta asistencia en razón de los gastos que suponga».

1. ¿Existe un servicio sanitario maternal e infantil que proporcione a todas las madres embarazadas y a sus hijos atención pre- y postnatal, así como una rápida intervención en favor de los niños que muestren un cierto grado de riesgo?.

2. ¿Se presta a los niños que se sabe que tienen alguna disminución una atención médica de la misma calidad que a los niños considerados «normales»?.

3. ¿Se proporciona a los deficientes la misma calidad de cuidados dentales, exámenes de la visión y la audición, etc., que a los demás niños?. ¿Es similar esta calidad en las distintas clínicas, consultas e instalaciones residenciales especiales?.

4. Los padres adoptivos que se encargan del cuidado de personas deficientes, ¿cuentan para ellos con una atención médica de la misma calidad que podrían esperar para los miembros de su propia familia? ¿Reciben los niños adoptivos la misma atención?.

5. ¿Se administra a las personas deficientes dosis de fármacos tranquilizantes superiores a las que se proporcionan a las personas que no se consideran deficientes?. ¿Se hace esto para mayor comodidad de las personas que las cuidan, para hacerlos más dóciles?.

6. Una persona deficiente mental que tiene una alteración o enfermedad física ordinaria que exija hospitalización, ¿puede ser admitida y recibir la misma calidad de cuidados, el mismo grado de atención a su comodidad y a sus deseos, y los mismos privilegios de recibir visitas, etc. que cualquier otro ciudadano que tenga la misma enfermedad?.

7. ¿Se respetan los derechos de las personas deficientes hasta el punto de animarlas a tomar parte en decisiones sobre su tratamiento, hasta el máximo de sus posibilidades de

comprensión?. Las explicaciones sobre su estado y sobre los tratamiento propuestos, ¿se le hacen en un lenguaje que pueda comprender fácilmente?. Si no puede participar, ¿se informa plenamente y se consulta a su padre o tutor?.

8. Si existen escuelas públicas gratuitas para los niños normales, ¿existen igualmente programas escolares gratuitos especialmente adaptados a las necesidades de los deficientes de la misma edad, suficientes en cuanto a cantidad, calidad, distribución geográfica y accesibilidad?. Si los padres deben pagar la escolaridad de sus hijos normales, ¿tienen que pagar más por la educación de sus hijos deficientes mentales?. ¿Existen servicios organizados en favor de los deficientes más graves y profundos que viven en sus propios hogares?.

9. ¿Existen servicios apropiados para responder a las diversas necesidades educacionales de diferentes niños y adultos de distintas edades?. ¿Están organizados estos programas especiales en distintas partes de la ciudad y del país de forma que estén realmente a disposición de cada niño, de acuerdo con sus necesidades?.

10. ¿Cuentan los niños que viven en instituciones, en régimen de internado, con los mismos servicios educativos que los que viven en sus propias casas, y viceversa?.

11. ¿Está orientado el programa educacional a desarrollar (en la medida de lo posible) la independencia social del deficiente?. ¿Están concebidos dichos programas en orden a proporcionar un trabajo adecuado en puestos recompensados que existan realmente en la economía del país?.

12. El hecho de haber estado en una escuela o en una clase especial, ¿tiene como consecuencia una discriminación en las oportunidades de colocacion, independiente de la capacidad real de la persona para realizar el trabajo?.

13. Los programas para la preparación adecuada de profesores, terapeutas, asesores y médicos, ¿sirven para responder a las necesidades de los servicios actuales y futuros?.

Articulo 3: Seguridad en el empleo y en los ingresos

ONU, Artículo 3:

«El deficiente mental tiene derecho a la seguridad económica y a un nivel de vida decente. Tiene derecho, en la medida de sus posibilidades, a desempeñar, un trabajo productivo o alguna otra ocupación útil».

ILSMH, Artículo 3:
«El deficiente mental tiene derecho a la seguridad económica y a un nivel de vida decente. Tiene derecho a realizar un trabajo productivo o a ejercer otra actividad útil».

1. ¿Existen barreras (leyes, actitudes) que impiden al deficiente mental obtener un trabajo que es capaz de realizar?.

2. ¿Existen circunstancias en las que, a igualdad de trabajo, reciba menos salario que cualquier otra persona?.

3. Las personas internadas en instituciones y que trabajan regularmente en puestos de trabajo que contribuyen a la buena marcha del centro (portería, cocina, etc.) y que superan lo que se verían obligados a realizar en sus propias casas, ¿reciben un salario justo por el trabajo prestado?. ¿Se les permite guardar al menos parte de sus ingresos para uso personal (en vez de retenérselo todo para el pago de su mantenimiento y alojamiento)?.

4. Si un adulto deficiente es incapaz de ganar al menos la cantidad mínima necesaria para subsistir, aplicada a cualquier otro trabajador, ¿existe algún sistema (seguridad social, compensación) que le permita recibir unos ingresos regulares, por derecho propio, de los fondos públicos?.

5. ¿Es suficiente lo que recibe el deficiente de la seguridad social o de la beneficencia, teniendo en cuenta el coste adicional que puede suponer su disminución?.

6. A los padres naturales (así como a los adoptivos) que mantienen su hijo deficiente en casa, ¿se les entrega alguna ayuda familiar o pensión de «invalidez», que les ayude a sufragar los costes extra que representa el cuidado de dicho hijo, en comparación con los que puede suponer un hijo normal?. ¿Existen beneficios similares en favor de los adultos incapacitados?.

7. ¿Existe un servicio sanitario nacional o un servicio nacional para el pago de las atenciones sanitarias, de forma tal que los servicios de hospitales, clínicas, médicos, etc. sean gratuitos o bien estén a disposición a un coste no superior a lo que supondría para una persona no disminuída?.

8. ¿Existe un seguro de desempleo (u otro sistema similar)? ¿Tiene el trabajador deficiente mental los mismos derechos que los demás trabajadores?.

9. Si existen leyes que exigen o favorecen el empleo de deficientes ¿quedan los deficientes mentales cubiertos también por estas medidas?.

10. Si el adulto deficiente necesita adiestramiento posterior (formación profesional o cualquier otro tipo de educación para adultos), ¿tiene a su disposición los mismos medios al menos que las demás personas?.

Artículo 4:

ONU, Artículo 4:

«De ser posible, el deficiente mental debe residir con su familia o en un hogar que reemplace al propio, y participar en las distintas formas de la vida de la comunidad. El hogar en que viva debe recibir asistencia. En caso de que sea necesario internarlo en un establecimiento especializado, el ambiente y las condiciones de vida dentro de tal institución deberán asemejarse en la mayor medida posible a los de la vida normal».

ILSMH, Artículo 4:

«El deficiente mental tiene derecho a vivir con su familia propia o adoptiva; a participar en todos los aspectos de la vida social y a disfrutar de diversiones apropiadas. Si resultara necesario su cuidado en una institución, el ambiente y las condiciones de vida en dicho centro deberán ser lo más parecidos posible a la vida normal».

1. Los médicos, profesores y otros profesionales que asesoran a las familias ¿les animan a conservar con ellos a su hijo?. ¿Se proporciona ayuda práctica para hacer esto más viable?.

2. ¿Son respetados los padres naturales y adoptivos como las personas que tienen la responsabilidad fundamental del cuidado, la alimentación y la educación de sus hijos, tanto deficientes como normales?.

3. ¿Comparten los profesionales sus conocimientos sobre el estado y las posibilidades de desarrollo del niño con los padres naturales o adoptivos, y les ayudan a saber cómo fomentar el desarrollo del niño según dichas posibilidades?.

4. ¿Tienen acceso los deficientes a las instalaciones colectivas de diversión y esparcimiento?. ¿Se hacen intentos por proporcionar programas adaptados? (por ejemplo, clases especiales de natación)?. ¿Son estas instalaciones físicamente accesibles (carentes de barreras arquitectónicas) a los deficientes con disminuciones físicas? ¿Están las iglesias y organizaciones religiosas abiertas a los subnormales y muestran una actitud acogedora ante ellos? ¿Cuál es la actitud del público en general ante los que son «diferentes»?.

5. Si se proporciona cuidado en régimen de internado en centros distintos a los hogares familiares propios o adoptivos, ¿se cuida de que el ambiente sea lo más parecido posible al ambiente doméstico?. ¿Se encuentran estos centros en zonas residenciales urbanas? ¿Son tales las condiciones de vida que fomentan en lo posible la independencia personal de los internados y que puedan elegir por sí mismos en cuanto a actividades, amigos, artículos de uso personal, ropa, etc.? ¿Puede elegir el deficiente su situación en el centro? ¿Incluye esta elección la posibilidad de escoger una habitación independiente o la de compartirla con la persona que elija?. Si es incapaz de elegir por sí mismo, ¿se proporciona esa posibilidad a su representante personal?.

6. ¿Acogen tales centros a personas de ambos sexos? ¿Están en situación adecuada respecto a los transportes públicos? ¿Son tales las condiciones que animan a los residentes a participar en actividades comunitarias y a comportarse culturalmente de la forma más normal posible, que sea compatible con su grado de disminución?

7. ¿Se encuentran los centros distribuidos por diversas zonas urbanas de forma que no haya una concentración excesiva en un distrito y que los residentes tengan la oportunidad de unas relaciones informales con sus vecinos y las personas normales de su misma edad?.

8. ¿Se anima positivamente a las familias de los residentes a que visiten frecuente e informalmente a su miembro deficiente que vive fuera de casa? ¿Puede él mismo escoger cuándo y cómo visitar a su famila?.

9. ¿Se toman las medidas pertinentes para reducir en lo posible expresiones de prejuicios o discriminación por parte de los vecinos ante los deficientes que viven o se trasladan a apartamentos, residencias particulares, etc., de la colectividad?.

10. ¿Se encuentran reducidas a un mínimo las barreras arquitectónicas para personas con deficiencias físicas?.

11. ¿Existen actividades diurnas apropiadas fuera de sus hogares para las personas demasiado disminuidas como para poder ser empleadas por un salario?

Artículo 5: Tutela

ONU, Artículo 5:

64 «El deficiente mental debe poder contar con la atención de un

tutor cualificado cuando esto resulte indispensable para la protección de su persona y de sus bienes».

ILSMH, Artículo 5:
«El deficiente mental tiene derecho a un tutor cualificado cuando éste sea necesario para proteger su bienestar personal y sus intereses. Nadie que preste servicios directos al deficiente mental podrá servir como tal tutor».

1. ¿Existe un procedimiento formal para determinar si una persona tiene disminuidas sus facultades hasta el punto de necesitar un tutor (limitado o completo), y estipula dicho procedimiento: 1) que se presenten pruebas en favor y en contra del hecho, 2) que la persona deficiente disponga de representación legal, 3) que se proceda a una evaluación profesional adecuada de sus posibilidades e inconvenientes específicos en cuanto al hecho de que pueda tomar decisiones apropiadas por sí misma, en su propio interés y de acuerdo con sus propias preferencias?.

2. ¿Es costoso el procedimiento legal para declarar la necesidad de nombramiento de un tutor para una persona deficiente mental o para nombrar dicho tutor, según los casos, o bien existe la posibilidad de que dichos procedimientos puedan realizarse gratuitamente para el deficiente o su familia?.

3. Cuando una persona identificada como deficiente mental alcanza la mayoría de edad, ¿se supone que es necesariamente incompetente? ¿Es tratada como tal por los padres y otros sin una comprobación y evaluación objetiva?.

4. ¿Qué sucede a una persona deficiente mental cuando es huérfana, no tiene o ha sido abandonada por su familia?. ¿Se toman medidas apropiadas en estas situaciones? ¿Existe alguna alternativa a su internamiento en un centro?

5. ¿Existen personas cualificadas para actuar como tutores de individuos, cuando no se ofrece ningún familiar ni amigo apropiado?

6. ¿Existen organizaciones oficiales o privadas legalmente autorizadas para intervenir en nombre de los deficientes mentales cuando está amenazado su bienestar?

7. ¿Existen asociaciones específicas de tutela en favor de los deficientes, independientes de los organismos que proporcionan atención y adiestramiento? ¿Existen programas para asegurar el nombramiento de un tutor (limitado o completo) en caso necesario?.

8. ¿Existen otras formas de protección pública o privada de los deficientes mentales aparte, o en lugar de, la tutela?. ¿Hay un reclutamiento activo de voluntarios que actúen como tutores o «protectores ciudadanos»?.

9. ¿Hay algunos funcionarios públicos que actúen como tutores en caso de emergencia o cuando no se dispone de ninguna otra persona?.

10. ¿Se considera incapacitados a los directores de las instituciones o a otras personas que sirven a los deficientes en aspectos profesionales para actuar también como tutores de sus clientes/pacientes?.

11. ¿Existen medidas legales para asegurar que la persona a quien se confía la tutela de un deficiente mental no abandona al mismo o maneja fraudulentamente sus fondos? ¿Hay algunos programas especiales de vigilancia y control de la situación de las personas a quienes se ha declarado en necesidad de tutela?.

12. ¿Es posible separar la tutela de la persona de la tutela de sus bienes?.

13. ¿Existen disposiciones sobre una «tutela limitada», es decir, la cesión de las responsabilidades en la toma de decisiones al tutor únicamente en la medida necesaria para cada caso concreto?.

14. Si una persona gravemente incapacitada cuenta con cierta capacidad para la toma de decisiones, ¿se le permite aprovechar dicha capacidad?.

Artículo 6 (Primera Parte): Protección contra los abusos y el descuido

UNO, Artículo 6 (primera parte):
«El deficiente mental debe ser protegido contra toda explotación, abuso o trato degradante.

ILSMH, Artículo 6 (primera parte):
«El deficiente mental tiene derecho a ser protegido contra toda explotación, abuso o trato degradante».

1. ¿Cubren también a los deficientes mentales los servicios ordinarios de protección de los niños abandonados, descuidados o huérfanos?.

2. ¿Muestran las enfermeras, los médicos y los asistentes sociales el mismo celo en denunciar los casos de descuido, abuso, malnutrición con los niños deficientes que con los demás?.

3. ¿Se instruye a los asistentes sociales dedicados a la protección de los niños sobre cómo tratar a los deficientes?.

4. ¿Se exponen o se exhiben los niños y adultos deficientes mentales a visitas por parte del público en general, la prensa o los profesionales, en circunstancias que se considerarían inapropiadas en una escuela pública normal o en un hospital?.

5. ¿Se deja para los alumnos deficientes las peores aulas de las escuelas, o se les deja utilizar edificios abandonados para su uso por los niños normales?.

6. ¿Se aplica el «etiquetado» para fines distintos a los diagnósticos y de la programación de las prescripciones o el estudio científico?.

7. ¿Hay centros en los que el entorno del deficiente es visiblemente vejatorio, por ejemplo, por el uso de barrotes en las ventanas, o exigiendo que los deficientes sean vistos por personas extrañas en paños menores o desnudos?.

8. ¿Se censura a los periodistas o humoristas si utilizan un lenguaje insultante cuando hacen referencia a los deficientes mentales o si hacen chistes que los menosprecian?.

Artículo 6 (Segunda parte): Responsabilidad criminal y procedimiento

ONU, Artículo 6 (Segunda parte):

«En caso de que sea objeto de una acción judicial deberá ser sometido a un proceso justo en que se tenga plenamente en cuenta su grado de responsabilidad, atendidas sus facultades mentales».

ILSMH, Artículo 6 (Segunda parte):

«El que es acusado legalmente, tiene de recho a un juicio equitativo, en el que sea reconocido plenamente su grado de responsabilidad»

1. ¿Tiene derecho el deficiente mental a todas las formas de protección legal de que dispone cualquier otro ciudadano acusado de un delito?

2. ¿Se concede a la persona reconocida como deficiente mental, y que es incapaz de comprender los procedimientos policiales y judiciales, la asistencia apropiada en el ejercicio de sus derechos?.

3. ¿Recibe la policía formación y asesoramiento en el reconocimiento y en el trato previo a las diligencias judiciales de

una persona deficiente sospechosa de haber cometido un delito?.

4. ¿Tiene el deficiente mental el derecho a la presencia de un abogado, un familiar o un amigo, durante los interrogatorios de la policía?. ¿Se le concede a él (o a su padre o tutor) la oportunidad de elegir a la persona que vaya a representarle?.

5. ¿Tiene derecho a contar con el consejo de un asesor (abogado) en todas las fases de un proceso criminal?.

6. En cualquier actuación judicial, ¿tiene derecho una persona a la que se considera deficiente mental, a un diagnóstico y evaluación de su capacidad social por parte de expertos cualificados?.

7. ¿Incluye dicha evaluación una determinación sobre si es «apto para seguir un proceso» (es decir, mentalmente competente para comprender las actuaciones y ayudar a su abogado para la defensa)?.

8. Si se considera que no es apto para seguir un proceso, ¿tiene el deficiente mental la oportunidad razonablemente rápida de ser sometido a juicio o de conseguir que se retiren los cargos?.

9. Si el deficiente mental (acusado de un delito pero que se considera no apto para seguir un proceso) se enviado a la autoridad civil basándose en su presunta peligrosidad social, ¿tiene derecho a las protecciones legales apropiadas en la misma medida que cualquier otra persona presuntamente «peligrosa» no acusada ni convicta de ningún crimen?.

10. En un juicio criminal, ¿tiene el deficiente mental derecho a una defensa basada en una «disminución de la capacidad mental» o en razones similares, para mitigar la sanción o quedar libre de ella, en los casos en los que la persona careciera de la capacidad mental para poder perseguir conscientemente un objetivo criminal, o tuviese un cierto grado de dicha incapacidad?.

11. Si es convicto de un delito, o encarcelado por cualquier otra razón, ¿tiene el deficiente mental el derecho a recibir tratamiento en el ambiente menos restrictivo adecuado a sus necesidades, su grado de responsabilidad y la seguridad pública?.

12. Si es enviado a prisión (salvo que sea por un breve y determinado período de tiempo), ¿tiene derecho a una revisión periódica y automática de su estado y el derecho a apelar ante instancias superiores, independientes?.

Artículo 7: Procedimientos cuando los derechos son necesariamente restringidos

ONU, Artículo 7:

«Si algunos deficientes mentales no son capaces, debido a la gravedad de sus limitaciones, de ejercer efectivamente todos sus derechos, o si se hace necesario limitar o incluso suprimir tales derechos, el procedimiento que se emplee a los fines de esa limitación o supresión deberá entrañar salvaguardas jurídicas que protejan al deficiente contra toda forma de abuso. Dicho procedimiento deberá basarse en una evaluación de su capacidad social por expertos cualificados. Asimismo, tal limitación o supresión quedará sujeta a revisiones periódicas y reconocerá el derecho de apelación a autoridades superiores».

ILSMH, Artículo 7:

«Algunos deficientes mentales, debido a la gravedad de sus limitaciones, pueden ser incapaces de ejercitar por sí mismos todos sus derechos, de forma adecuada. Para otros, puede resultar apropiada la modificación de alguno o de todos estos derechos. El procedimiento a seguir para su modificación o supresión deberá preservar legalmente al deficiente mental contra toda forma de abuso, deberá basarse en una evaluación de su capacidad social, hecha por expertos cualificados, y deberá ser sometida a revisiones periódicas, gozado del derecho de apelación ante autoridades superiores».

1. Antes de que se inicie cualquier procedimiento para negar o restringir derechos, ¿se estudia la posibilidad de acudir a otros procedimientos menos restrictivos o no restrictivos, tales como los que sirvan para proporcionarle asesoramiento, consejo o apoyo social o emotivo para que pueda actuar y tomar sus propias decisiones?.

2. Antes de que se considere la posibilidad de una limitación, ¿se proceda a una evaluación de su capacidad social, relacionándola específicamente con su capacidad para ejercitar el derecho en cuestión, teniendo presente que es normal que muchos ciudadanos tomen por sí mismos decisiones que ciertamente suponen un riesgo y que tal vez no tengan siempre los resultados más convenientes?. Si es preciso limitar los derechos, ¿va siempre precedida la determinación de la necesidad de dicha limitación por una atenta y cuidadosa evaluación de la capacidad específica del deficiente mental, realizada por expertos en la evaluación de la

competencia social de personas deficientes mentales?. ¿Es interdisciplinaria la evaluación de los expertos?.

3. Cuando se considera que una persona es incapaz de ejercitar ciertos derechos, ¿se basa este resultado en la protección esencial, esto es, la limitación necesaria para proteger a dicho individuo y a los demás contra un determinado riesgo?.

4. Cualquier restricción que se imponga, ¿se limita única y exclusivamente a las actividades específicas (es decir, al ejercicio de derechos específicos) respecto a los cuales se considera incapacitada a la persona, permitiéndole los derechos que prudentemente se considere que puede ejercitar?.

5. Si se precisa alguna limitación de derechos, ¿se realiza la limitación de manera que imponga el mínimo grado de coacción necesario para que alcance su finalidad?.

(por ejemplo, tutela limitada en vez de completa, supervisión en vez de encierro, atención en hogares en vez de en centros, si es posible, etc.).

6. ¿Tienen el deficiente mental, su familia u otras personas interesadas, derecho a recibir aviso previo, antes de cualesquiera procedimientos gravemente restrictivos?.

7. ¿Tienen el deficiente mental, su familia o sus amigos el derecho a la ayuda de abogados que actúen en nombre del deficiente mental en cualquier procedimiento de este tipo?.

8. ¿Tiene el deficiente mental acceso a un representante cualificado (procurador, abogado), cuyos intereses no estén en contradicción con los suyos propios?.

9. Las oportunidades de solicitar una reconsideración o revisión independiente de cualquier limitación, tanto en el momento de su imposición como más tarde, ¿son apropiadas al grado y duración de la limitación? ¿Existe además una revisión periódica automática?.

10. Si los derechos afectados son fundamentales, ¿tienen carácter judicial los procedimientos?.

11. ¿Tienen el deficiente mental o su representante la oportunidad de someter información a la consideración del tribunal, compareciendo ante él, y oponerse a la información sometida por otros?.

12. ¿Se informa al deficiente mental o a su representante de su derecho a apelar y se les presta ayuda, tanto legal como de cualquier otro tipo, para ejercitar dicho derecho?.

13. ¿Tiene el deficiente mental (o su defensor natural, por ej., un familiar, su tutor) el derecho a escoger el abogado o cualquier otra persona que lo representen en dichos procedimientos?

74

Informe del Congreso
7° Congreso Mundial de la ILSMH sobre Deficientes Mentales
Editado por Lebenshilfe fur Behinderte, Österreichischer Dachverband
© 1978 ILSMH

Apéndice 1

Declaración de Derechos del Retrasado Mental

Resolucion aprobada por la asamblea general, Naciones Unidas (sobre la base del informe de la Tercera Comisión (A/8588)) 2856 (XXVI).

La Asamblea General,

Consciente de la obligación de los Estados Miembros de las Naciones Unidas, contraída en virtud de la Carta, de adoptar medidas conjunta o separadamente, en cooperación con la Organización, para promover niveles de vida más elevados, trabajo permanente para todos y condiciones de progreso y desarrollo económico y social,

Reafirmando su fe en los derechos humanos y las libertades fundamentales y en los pricipios de paz, de dignidad y valor de la persona humana y de justicia social proclamados en la Carta,

Recordando los principios de la Declaración Universal de Derechos Humanos, los pactos internacionales de derechos humanos[1]) y la Declaración de los Derechos del Niño[2]), y las normas de progreso social ya enunciadas en las constituciones, las convenciones, las recomendaciones y las resoluciones de las Organización Internacional del Trabajo, la Organización de las Naciones Unidas para la Educación, la Ciencia y la Cultura, la Organización Mundial de la Salud, el Fondo de las Naciones Unidas para la Infancia y otras organizaciones interesadas,

Subrayando que en la Declaración sobre el Progreso y el Desarrollo en lo Social[3]) se ha proclamado la necesidad de proteger los derechos de los física y mentalmente desfavorecidos y de asegurar su bienestar y su rehabilitación,
Teniendo presente la necesidad de ayudar a los retrasados mentales a desarrollar sus aptitudes en las más diversas esferas de actividad, así como de fomentar en la medida de lo posible su incorporación a la vida social normal,

Consciente de que, dado su actual nivel de desarrollo, algunos países no se hallan en situación de dedicar a estas actividades sino esfuerzos limitados,
Proclama la presente Declaración de Derechos del Retrasado Mental y pide que se adopten medidas en el plano nacional o internacional para que sirva de base y de referencia común para la protección de estos derechos:

1.
El retrasado mental debe gozar, hasta el máximo grado de viabilidad, de los mismos derechos que los demás seres humanos.

2.
El retrasado mental tiene derecho a la atención médica y al tratamiento físico que requiera su caso, así como a la educación, la capacitación, la rehabilitación y la orientación que le permitan desarrollar al máximo su capacidad y sus aptitudes.

3.
El retrasado mental tiene derecho a la seguridad económica y a un nivel de vida decoroso. Tiene derecho, en la medida de sus posibilidades, a desempeñar un empleo productivo o alguna otra ocupación útil.

4.
De ser posible, el retrasado mental debe residir con su familia o en un hogar que reemplace al propio, y participar en las distintas formas de la vida de la comunidad. El hogar en que viva debe recibir asistencia. En caso de que sea necesario internarlo en un establecimiento especializado, el ambiente y las condiciones de vida dentro de tal institución deberán asemejarse en la mayor medida posible a los de la vida normal.

5.
El retrasado mental debe poder contar con la atención de un tutor calificado cuando esto resulte indispensable para la protección de su persona y sus bienes.

6.
El retrasado mental debe ser protegido contra toda explotación y todo abuso o trato degradante. En caso de que sea objeto de una acción judicial, deberá ser sometido a un proceso justo en que se tenga plenamente en cuenta su grado de responsabilidad, atendidas sus facultades mentales.

7.
Si algunos retrasados mentales no son capaces, debido a la gravedad de su impedimento, de ejercer efectivamente todos sus derechos, o si se hace necesario limitar o incluso suprimir tales derechos, el procedimiento que se emplee a los fines de esa limitación o supresión deberá entrañar salvaguardas jurídicas que protejan al retrasado mental contra toda forma de abuso. Dicho procedimiento deberá basarse en una evaluación de su capacidad social por expertos calificados. Asimismo, tal limitación o supresión quedará sujeta a revisiones periódicas y reconocerá el derecho de apelación a autoridades superiores.

2027 a. sesión plenaria,
20de diciembre de 1971.

1) Resolución 2200 A (XXI).
2) Resolución 1386 (XIV).
3) Resolución 2542 (XXIV).